

In der Öffentlichkeit Hongkongs ist das Thema von Daya Bay noch umstritten. Am 26. August hat der chinesische Minister für Kernindustrie, Jiang Xinxiong, im Gespräch mit einer anderen elfköpfigen Delegation aus Hongkong unter dem Namen "Betrachtung des Baus von Kernkraftwerken mit wissenschaftlichen Kenntnissen" versichert, daß die chinesische Regierung beim Bau des KKW in Daya Bay auf die Sicherheit der Hongkonger Bevölkerung Rücksicht nehme, aber aufgrund des Protests der KKW-Gegner die Arbeit nicht einstellen werde (DGB, 28.8.86).

Zuvor hatte der Vorstandsvorsitzende der HKNIC, William Stones, bei einer Begegnung mit Rev. Fung Chi-Wood am 16. August bereits gesagt, daß seine Firma nicht daran denke, die Unternehmensbeteiligung von 25% an dem 3,5 Mrd. US\$ teuren KKW-Projekt in Daya Bay zu ändern (TKB, 21.-27.8.86). Am 22. August hatte der Finanzminister der Hongkonger Regierung auf einer Pressekonferenz ebenfalls betont, daß eine Aufhebung der Genehmigung für die Beteiligung der HKNTC an dem KKW-Projekt durch die Regierung der Glaubwürdigkeit Hongkongs schwer schaden würde. Darüber hinaus wies er darauf hin, daß die chinesische Seite von Anfang die Absicht gehabt habe, das Kernkraftwerk in Daya Bay mit oder ohne die Beteiligung Hongkongs zu bauen (TKB, 28.8.-3.9.86).

Die Verträge über Lieferung von zwei Reaktoren für das Kernkraftwerk in Daya Bay sollen noch im September mit den französischen und britischen Firmen Framtone, Electricite de France und General Electric (GEC) unterzeichnet werden. Aber man weiß noch nicht, ob die Chinesen infolge des Protests aus Hongkong diesen Termin verschieben wollen. Der Protest hat neben der genannten politischen Bedeutung auch insofern eine Wirkung gezeigt, daß die chinesische Presseagentur Xinhua gleich nach der Annahme der Unterschriftensammlung der KKW-Gegner durch die chinesische Regierung gemeldet hat, diese sei bereit, das gesamte KKW unter der Überwachung der Internationalen Behörde für Kernenergie in Wien zu stellen (FT, 21.8.86). -ni-

*(39)

Hongkong boykottiert Goldmünzen-Import aus Südafrika

Die Regierung der britischen Kolonie Hongkong hat den Import in Südafrika geprägter Goldmünzen ab 8. August verboten. Der Boykott betrifft alle Goldmünzen einschließlich "Krügerrands" und "New Protea". Davon werden jedoch der bestehende Handel mit südafrikani-

schen Münzen sowie der Import über Drittländer nicht berührt. Die Verletzung des Verbots kann mit Geldbußen bis zu 500.000 HK\$ (7,8 HK\$ = 1 US\$) oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Hongkong ist der größte Goldmarkt in Asien. 1984 importierte es Goldmünzen im Gesamtwert von 1.112 Mio. HK\$, 93% davon aus Südafrika; 1985 fiel die Zahl auf 447 Mio. HK\$ bzw. 55%.

Zu der Boykottmaßnahme hat der Regierungssprecher nur gesagt, sie sei aufgrund "ausgewogener Überlegungen aller Hongkong in dieser Sache betreffenden Faktoren einschließlich der Aktionen anderer Staaten" erfolgt. Grund dieser Maßnahme dürfte die Apartheidpolitik Südafrikas sein (AWSJ, 1.8.86 und TKB, 7.8.86). -ni-

*
*
*
*
*
*
*
*

RÜDIGER MACHETZKI

Chinas Landwirtschaft: Wandel zur alten Form?

*

*

Gliederung

I.

Zur Einordnung des ländlichen Reformkurses

II.

Ausgangsposition 1976-78

III.

Gegenwärtige Bilanz der Entwicklung

IV.

Ablauf der Reformpolitik

V.

Ausblick und mögliche Zukunftsprobleme

VI.

Fazit

I.

Zur Einordnung des ländlichen Reformkurses

Seit Beginn dieses Jahrzehnts hat Chinas ländliche Wirtschaft ihr "kollektives Gerüst" Stück für Stück abgebaut. Die unübersehbaren Wandlungen in den chinesischen Dörfern - gemeinhin unter dem Begriff "Landwirtschaftsreform" zusammengefaßt - sind Ausdruck und Element eines wirtschaftsgesellschaftlichen Umdenkprozesses, dessen Tragweite bis heute noch nicht voll ermessend werden kann. Das heißt, es wäre wenig sinnvoll, die ländliche Reformentwicklung als einen isolierten Vorgang zu betrachten und zu bewerten. Vielmehr muß man sie, um sie angemessen beurteilen zu können, in einen nationalen Gesamtzusammenhang einordnen und ihre Auswirkungen auf andere Bereiche der chinesischen Volkswirtschaft berücksichtigen. Das gilt umso mehr, als von Seiten der chinesischen Führung wiederholt betont worden ist, daß die (erfolgreiche) Suche nach neuen Wegen in der Landwirtschaft als Vorbild für die Reform der ganzen Volkswirtschaft dienen kann. Indirekt ist mit einer solchen Einstufung eine Absage bzw. eine Relativierung ausländischer Modelle, so z.B. Ungarn, verbunden. Anders gesagt, das von verschiedenen chinesischen Führern betonte "Einzigartigkeitsargument" scheint allgemein Gehör gefunden zu haben. Nach diesem Argument ist China aufgrund seiner außergewöhnlichen Größe und seiner "einzigartigen" Problemlage dazu "verur-

teilt", seinen eigenen Weg zu finden. Ausländische Wirtschaftsgesellschaften sollen zwar studiert werden, was möglicherweise zu ergänzenden Erkenntnissen führt, aber entscheidend sind die eigenen Erfahrungen. In diesem Sinne äußerte sich u.a. auch Fei Xiaotong, Doyen der chinesischen Sozialwissenschaftler, während einer Auslandsreise 1981 vor australischen Zuhörern: "We must design our modernisation programme on the basis of a population of one billion. This emphasizes the uniqueness of China's modernisation." (1) Ein anderer Autor meint: "China's routes to modernisation, in other words, will be strongly influenced by the size of its population, the extremely high man-land ratio, the resource bases of the country, the agrarian nature of the society, the cultural and historical heritages, and its socialist ideology." (2)

Der Kontext, in dem China nach "neuen Wegen" suchen muß, wird von drei grundlegenden Rahmenbedingungen diktiert, die durch kurz- und mittelfristige Anstrengungen nicht aufzuheben sind. Das gegenwärtige China stellt ein Gemeinwesen dar, das erstens ein Entwicklungsland (wirtschaftlicher Aspekt) ist. Zweitens ist es ein sozialistischer Staat (politischer Aspekt), und drittens wird das Bewußtsein der "politischen Gesellschaft" Chinas durch die Tradition einer historisch machtvollen Zivilisation vorgeprägt (historisch-kultureller Aspekt).

Der Status als Entwicklungsland setzt dem entwicklungspolitischen Gestaltungswillen der chinesischen Führung auf absehbare Zeit verhältnismäßig enge Grenzen. Es ist schwierig, das gegenwärtige Leistungsniveau der VR China tatsächlich zu bestimmen. Zwar wird der Vergleich mit der eigenen Vergangenheit durch die statistischen Veröffentlichungen der letzten Jahre wesentlich erleichtert. Das heißt, es lassen sich verhältnismäßig wirklichkeitsnahe Angaben zum Wachstumsverlauf während der einzelnen Phasen der volksrepublikanisch-chinesischen Geschichte machen. (3) Aber nach wie vor bestehen gravierende Probleme bei dem Versuch, das "reale Produkt" der VR China zu internationalen Vergleichszwecken zu errechnen. Die maßgeblichen Gründe für diese Schwierigkeit sind bereits an anderer Stelle dargestellt worden (4). Hier soll der Kürze wegen nur wiederholt werden, daß (ein vom staatlich fixierten Wechselkurs deutlich abweichendes) Vergleichsverhältnis Yuan RMB - US-Dollar von annähernd 1:1 insgesamt am "plausibelsten" erscheint. Demnach befände sich die VR China mit einem Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung

von rd. 500 bis 600 US\$ im Grenzbereich zwischen den sog. low-income (developing) economies (Weltbank-Definition) und den lower middle-income (developing) economies. Darüber hinaus ist China von seiner geographischen Ausdehnung und seiner Bevölkerungsgröße her kein Entwicklungsland unter anderen, sondern gleichsam ein Entwicklungskontinent sui generis (Einzigkeitsargument). Allenfalls Indien ließe sich unter diesem Gesichtspunkt mit China vergleichen. Entwicklungspolitisch gesehen ist China daher nahezu zwangsläufig durch gewaltige Gefälleerscheinungen gekennzeichnet. Die Existenz dieser großen "Differenziale" läßt eine "einheitliche" Entwicklungsstrategie für das ganze Land weder theoretisch noch praktisch zu. Vereinfacht läßt sich China als ein Land beschreiben, in dem alles "uneinheitlich" ist, mit der einzigen Ausnahme des politischen Gestaltungswillens. Ein Musterbeispiel für diesen Sachverhalt bietet der statistische Vergleich zwischen der (zukünftigen) Wirtschaftszone Shanghai/Changjiang-Delta und den südwestlichen Provinzen Yunnan/Guizhou. Die Shanghai/Changjiang-Region (ca. 80 Millionen Bewohner) hat mit einem Sozialprodukt von weit mehr als 1.000 US\$ pro Kopf der Bevölkerung einen Status erreicht, der international mit dem Begriff Schwellenland (Newly Industrializing Country) umschrieben wird. Demgegenüber erwirtschaftet die Region Yunnan/Guizhou (ca. 70 Millionen Bewohner) ein Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung von kaum mehr als 150 US\$. Zwischen beiden Regionen ergibt sich also ein regionalwirtschaftliches Gefälle von nahezu 1:10.

Eines der Hauptprobleme, das sich für jede chinesische Politik zur Überwindung der großen regionalen Wirtschaftsgefälle ergibt, ist die Tatsache, daß die gegenwärtig leistungsstärkeren Gebiete zugleich ein verhältnismäßig großes Zukunftspotential zeigen, während die meisten schwächeren Gebiete nur über relativ geringe Entwicklungsreserven verfügen. Es gehört zu den spezifischen Merkmalen der chinesischen Wirtschaftsgeographie, daß die landwirtschaftlichen Zentren zugleich große industrielle Zentren sind. Der Umkehrschluß gilt zwar nicht. Es gibt einzelne Industriezentren (z.B. Gebiet Beijing/Tianjin), die nicht zu den agrarischen Spitzengebieten gehören. Aber unter den restlichen landwirtschaftlichen "Niedrigproduktionsgebieten" (Gesamtbevölkerung mehrere hundert Millionen) ist z.Z. keines, das aus eigener Kraft heraus zu einer angemessenen Industrialisierungsbewegung in der Lage ist. Diese Rahmenkonstellation

erzwingt, gleich welche besondere Entwicklungsstrategie verfolgt wird, auf Dauer ein starkes nationales (zentral-staatliches) Finanz- und Entwicklungsausgleichsinstrumentarium. Die Notwendigkeit als solche scheint allgemein anerkannt zu sein. Aufgrund der unbefriedigenden Ergebnisse (Zielsetzung "Provinzautarkie") der Vergangenheit gibt es jedoch beachtliche Kontroversen über die Art, das Ausmaß und den Zeitpunkt, zu dem ein solches Instrumentarium verstärkt eingesetzt werden soll. Gegenwärtig hat sich augenscheinlich die Tendenz durchgesetzt, vorrangig die leistungsstärkeren Gebiete zu entwickeln (Grundsatz: Was nicht produziert worden ist, kann nicht umverteilt werden!). In vieler Hinsicht spiegelt die in China oft gehörte These "Zuerst müssen einige wohlhabend werden, damit die anderen folgen können" diesen Gedanken-gang wider. Die Dynamisierung der leistungsstarken Regionen (Küstengebiete und "Modernisierungsin-seln" im Hinterland) ist danach sowohl zeitlich als auch materiell die Voraussetzung für die Entwicklung der Rückstandsgebiete. Auf mögliche Schwächen und Defekte dieser Konzeption wird an späterer Stelle eingegangen. Hier soll nur wiederholt werden, daß es keine für das gesamte China widerspruchsfreie Entwicklungslinie geben kann. Auch der Reformkurs muß daran gemessen werden, inwieweit sich vorteilhafte Entwicklungen (für einen Teil der Regionen, der wirtschaftlichen Sektoren und der großen Bevölkerungsgruppen) gegenüber nachteiligen Veränderungen anderer Teile aufrechnen lassen. Entscheidendes Kriterium ist also zum einen, ob der "Nettoeffekt", d.h. der gesamtwirtschaftliche Kalkül, für ganz China positiv ist, und zum anderen, ob zumindest entwicklungsperspektivisch die Voraussetzungen nicht verbaut werden, die (kurzfristig) eingetretenen Nachteile wieder aufzuheben, um langfristige Fehlentwicklungen zu verhindern.

Das zweite grundlegende Faktum, das die bisherige Entwicklung der VR China maßgeblich mitbestimmt hat und auch in Zukunft mitbestimmen wird, ist die Tatsache, daß sich die VR China als ein sozialistisches Staatswesen versteht. Was dieses Selbstverständnis inhaltlich bedeutet, wie es sich weiterentwickeln wird und was sich im Verlaufe dieser Fortentwicklung an sog. "Unverzichtbarkeiten" herauskristallisieren wird, braucht im Zusammenhang mit der vorgegebenen Thematik (glücklicherweise) nicht behandelt zu werden. Mit Blick auf den ländlichen Reformkurs erscheint allein von Bedeutung, daß sozialistische Staatswesen - jeden-

falls solche, die geschichtliche Wirklichkeit und nicht nur intellektuelle "Fiktionsgebilde" sind - durch eine ideologisch-bürokratische Herrschaftsform gekennzeichnet sind. Dies gilt im besonderen Maß für China. Dort haben sich eine sozialistische Ideologie und Bürokratie auf dem Fundament einer "Vorläuferherrschaft" etabliert, die ihren Herrschaftsanspruch im Rahmen einer 1200jährigen Tradition (seit Mitte der Tang-Dynastie) ideologisch legitimierte und bürokratisch ausübte. Das hatte im Bewußtsein der chinesischen Elite zur Folge, daß eine Zivilisation nicht anders als in ideologisch-bürokratischen Ordnungsformen vorstellbar war. Für die heutige Situation bedeutet es u.a., daß der Reformkurs im städtischen wie im ländlichen Bereich letzten Endes nicht als "ideal", sondern als faktisch erzwungene "Notwendigkeit" empfunden wird. Das ideologische "Malum" kann nur durch deutliche materielle Erfolge tolerierbar oder wettgemacht werden.

Die dritte wesentliche Einflußgröße, die zumindest unterschwellig darauf einwirkt, wie wesentliche Teile der politischen Elite Chinas den Reformverlauf wahrnehmen und politisch akzeptieren, ergibt sich aus dem Tatbestand, daß China auf eine 2000jährige Geschichte als große Ordnungsmacht zurückblickt. Die politische Elite des Landes hatte immer ein imperiales, weltgestaltendes Bewußtsein. Auch heute liegt das vorrangige internationale Ziel darin, den Status einer Macht mit Weltgestaltungsfähigkeit (wieder) zu erreichen.

Der innere Zusammenhang zwischen diesem internationalen Ziel und dem ländlichen Reformprozeß wird leicht ersichtlich, wenn man daran denkt, daß rd. vier Fünftel der chinesischen Bevölkerung im ländlichen Raum leben und daß der Staat durch die Reformmaßnahmen weitgehend von seiner "Pflicht" (Investitionstätigkeit, Organisations- und Kontrollaufwand, wirtschaftliche Transaktionskosten usw.) gegenüber der ländlichen Wirtschaft entbunden wird. Das ermöglicht eine Konzentration auf den modernen Sektor der Volkswirtschaft, d.h. auf den beschleunigten Ausbau der materiellen Basis einer modernen großen Macht. Umgekehrt bedeutet dies, daß - abgesehen von politisch-ideologischen Bedenken - dann deutliche Grenzen für den Reformkurs entstehen werden, wenn für weitere Erfolge der Einsatz größerer staatlicher Mittel erforderlich wird. Die Reform hätte dann ihren Vorteil eingebüßt, den Staat von massivem Mitteleinsatz zu entlasten. Eine der grundlegenden Fehlbeurteilungen in der ländlichen Politik bis 1977/78 lag darin,

die Möglichkeiten des Staates zu aktiver Gestaltung der eigenen Landwirtschaft zu überschätzen. Als Reaktion auf diese Fehlbeurteilung lassen sich heute zahlreiche Parallelen zur traditionellen passiven Rahmenkontrolle der Dörfer (Stichwort: "Wu wei" - Nicht intervenieren) erkennen.

Um die bisherigen Überlegungen zusammenfassend aufzunehmen, wird noch einmal daran erinnert, daß der Reformkurs, d.h. die Auflockerung des Ordnungsgefüges der Wirtschaft und die (begrenzte) Aufgabe von politisch-bürokratischer Kontroll- und Steuerungsmacht, nicht das natürliche Ergebnis "höherer Erkenntnis" ist, sondern weitgehend durch den negativen Verlauf der Entwicklung erzwungen wurde. Zum anderen ist er in ein "Geflecht" grundlegender Strukturen eingebunden, deren Gültigkeit er nicht außer Kraft setzen kann. Diese übergeordneten Strukturen und Tatbestände müssen bei jeder Beurteilung der Möglichkeiten und Grenzen der weiteren reformerischen Gestaltung als Maßstäbe angelegt werden.

II.

Ausgangssituation 1976/78

Es war der zunehmende Druck der Realität, der zum entwicklungspolitischen Umbruch im ländlichen China führte. Bis 1978 hatte sich ein klares Krisenbewußtsein innerhalb großer Teile der politischen Führung herausgebildet. Das erscheint insofern überraschend, als noch zwei/drei Jahre zuvor das "Hohelied der Kulturrevolution gesungen" worden war. China hatte ein Selbstbildnis seiner landwirtschaftlichen Erfolge gezeichnet, das bei vielen Beobachtern den Eindruck der Modellhaftigkeit für die gesamte Dritte Welt erweckt hatte. Erinnert sei hier vor allem an die auflagenstarke Serie der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO "Learning from China". China wurde darin als großes Vorbild für "integrierte ländliche Entwicklung" vorgestellt. Es erschien als ein Land, in dem die "Grundbedarfsstrategie" (basic needs) erfolgreich verwirklicht war. Während im Ausland noch die Werke über "Mao Zedongs Wunderland" mit der üblichen Zeitverzögerung erschienen, stellte man in China selbst eine ernüchternde Bilanz der eigenen Situation auf.

Zwar ließ sich trotz des neuen Krisenbildes nicht leugnen, daß die landwirtschaftliche Entwicklung Chinas beachtliche absolute Erfolge aufzuweisen hatte, aber die Probleme waren offensichtlich schneller gewachsen als die Erfolge. Vereinfacht dargestellt: Es herrschte ein fundamentales Ungleichgewicht zwischen der ständig wachsenden

Bevölkerung und den nur bedingt erweiterbaren Lebensgrundlagen des Landes. Es hatte rd. 180 Jahre (1770-1950) gedauert, ehe sich die chinesische Bevölkerung zum vorletzten Mal von rd. 270 Millionen auf 540 Millionen verdoppelt hatte. Die letzte Verdoppelung auf mehr als eine Milliarde Menschen vollzog sich innerhalb des extrem kurzen Zeitraums von dreißig Jahren. China muß gegenwärtig auf 7-8% der Weltanbaufläche den Grundbedarf für knapp ein Viertel der Menschheit decken, d.h. Versorgung und Beschäftigung sicherstellen. Im ländlichen Bereich leben rd. 80% der chinesischen Gesamtbevölkerung, und rd. 70% aller Arbeitskräfte (ca. 370 Millionen) sind dort tätig.

Alle Trends der letzten dreißig Jahre weisen auf, daß die Mensch-Boden-Relationen sich ständig weiter verengen. Seit Mitte der fünfziger Jahre ist die Grundanbaufläche (gengdi) um netto mehr als 12 Mio.ha zurückgegangen. Diese Schrumpfung entspricht in etwa der Größe der gesamten bundesdeutschen Anbaufläche der drei Provinzen Sichuan, Guangdong, Guangxi. Die absolute Größe der Grundanbaufläche beläuft sich z.Z. auf ca. 95-96 Mio.ha, von denen 6-7 Mio.ha stark erosionsgefährdet sind. (5) Die Anfang der achtziger Jahre geführte Diskussion um diese Tatbestände ist durch die "Euphorie der Reformberichte" in den Hintergrund gedrängt worden. Das heißt jedoch nicht, daß die Problematik zu existieren aufgehört hätte.

Die für die Grundbedarfsdeckung des Landes entscheidende Größe - Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung - zeigt einen beängstigenden Rückgang von 0,17 ha (1957) auf 0,09 ha (also 900 qm) 1985. Das ist ein Verlust von 45% in knapp dreißig Jahren.

Eine Umkehr dieses negativen Trends ist nicht zu erwarten, da die wirtschaftlich erschließbare Neulandreserve (ca. 15-20 Mio.ha) in Zukunft allenfalls den Altlandverlust (Erosion, industrielle und infrastrukturelle Flächennutzung, Ausdehnung städtischer Wohnfläche usw.) auszugleichen vermag. Es stellt sich die Frage, wie die Erhaltung des "status quo" (landwirtschaftliche Produktion pro Kopf der Bevölkerung) bisher überhaupt möglich war. Das ist, wie bereits erwähnt, in sich ein Erfolg. Der Ausweg lag zwangsläufig in den ständigen Bemühungen um eine Erhöhung der Anbauintensität, insbesondere in der Ausweitung des jährlichen Mehrfachanbaus auf der gleichen Grundfläche (multiple cropping). Trotz der Ausweitung des Mehrfachanbaus - regionaler

Schwerpunkt Changjiang-Gebiet - ist nicht nur die Grundanbaufläche, sondern auch die jährlich bebaute Fläche (bozhong mianji) zurückgegangen. Zwar ist der Mehrfachanbauindex (gengdi fuzhong zhishu) von 1957 1,4 auf gut 1,5 gestiegen, aber aufgrund des Rückgangs der Grundanbaufläche ergibt sich für 1985 nur eine jährlich bebaute Fläche von 145-150 Mio. ha (1957: 155 Mio. ha). (6) Die regionale Verteilung der Schwerpunktbereiche für jährlichen Mehrfachanbau ergibt sich aus der Karte "Jährlicher Mehrfachanbau".

Ohne umfassende Modernisierungsvorleistungen scheinen sowohl die Ausweitung der Grundanbaufläche als auch des jährlichen Mehrfachanbaus als Lösungswege weitgehend versperrt. Für die Erschließung der nationalen Neulandreserve würden sich die staatlich überbetrieblichen Erschließungskosten nach Schätzung chinesischer Fachleute auf rd. 15-20 Mrd. Yuan belaufen (7). Ferner darf nicht übersehen werden, daß sich der Großteil der Reservefläche in dünnbesiedelten Randgebieten des Landes befindet. Eine Nutzung wäre nur im Rahmen umfassender Modernisierungsprogramme vorstellbar. Ähnliches gilt für die Ausweitung des jährlichen Mehrfachanbaus in den traditionellen Agrargebieten des Landes. Ein grobes regionales Schwerpunktmuster des Mehrfachanbaus sieht wie folgt aus. (8) Anbaugebiete mit einem Index "unter 1,0" (höchstens eine Ernte pro Jahr) erstrecken sich vor allem auf das Qinghai-Tibet-Plateau, große Teile Xinjiangs, Zentral-Gansu, die Hochflächen der Inneren Mongolei und das östliche Bergland des Nordostens. Wichtige Anbaugebiete mit einem Index "1,0-1,2" sind die Lößhochebene des Nordwestens, die Ebenen des Nordostens, Ost-Gansu und West-Sichuan. Einen Index "1,2-1,6" weisen die Huang-Huai-Ebene (Nordchina), Süd-Shaanxi, die Zentralebene Shaanxis, das Fen-Flußgebiet in Shanxi und das Yunnan-Guizhou-Plateau auf. Anbaugebiete mit dem Index "1,6-2,0" sind zumeist verstreute Einzelgebiete (Inselcharakter). Größere geschlossene Teilgebiete finden sich in Zentral-Sichuan, West-Hubei, Zentral-Anhui, Zentral-Fujian, Südwest-Guangxi und Zentral-Yunnan. Einen Index "2,0-2,3" haben die Gebiete am Unter- und Mittellauf des Changjiang, insbesondere Sunan (Süd-Jiangsu), Jiangxi, Hubei, Hunan, die Chengdu-Ebene in Sichuan sowie Zhejiang und Nord-Fujian. Guangdong und Süd-Fujian verfügen über größere Schlüsselgebiete mit einem Index "über 2,3".

Eine der Grundvoraussetzungen für weitere Steigerungen des Mehr-

fachanbaus ist ein verhältnismäßig kostenträchtiger Ausbau der großen, überbetrieblichen Be- und Entwässerungssysteme. Das heißt, auch hier wäre der Staat stark gefordert. Im Hinblick auf ein solches Engagement des Staates sei an die oben dargestellte Hypothese erinnert, daß der ländliche Reformkurs nicht zuletzt deswegen verwirklicht werden konnte, weil der Staat von seiner Entwicklungspflicht gegenüber der eigenen Landwirtschaft teilweise entbunden wurde. Es ist daher keineswegs auszuschließen, daß mit zunehmender Neubelastung des Staates ein entsprechender Umdehnungsprozess ("Grenzen der Reform") in Gang gesetzt wird.

Ähnliche Bedingungen wie für die agrarischen Flächen des Landes gelten für Waldland, Grasland, Fischerei usw. Überall lassen sich deutliche Rückgangstendenzen pro Kopf der Bevölkerung erkennen. Zwar wurden insbesondere zur Erhaltung des Waldlandes wiederholte Aufforstungskampagnen durchgeführt, aber der Erfolg dieser Kampagnen war enttäuschend. Nur gut ein Viertel der neu aufgeforsteten Fläche überlebte (26-27 Mio. ha), und die Nutzholzmenge dieser Fläche beläuft sich auf bloße 2% der gesamten Holzreserve Chinas. Das entspricht nicht einmal dem nationalen Holzverbrauch eines einzigen Jahres (9). Aufgrund des hohen Holzverbrauchs in der Vergangenheit hat sich die Waldfläche ständig verringert und dürfte z. Zt. nur noch 10-11% der chinesischen Gesamtfläche ausmachen. Das entspricht einer Fläche pro Kopf der Bevölkerung von wenig mehr als 1.000 qm, der eine Ödlandfläche pro Kopf von knapp 8.000 qm gegenübersteht.

Die schleichende Grundlagenzerstörung war bis Mitte der siebziger Jahre auch in den traditionellen landwirtschaftlichen Gebieten spürbar geworden. Die Führung sah sich nicht länger in der Lage, das wachsende Problemgewicht zu ignorieren. Der Tenor der neuen "Lagebeurteilung" wird in den folgenden Zitaten deutlich.

"Seit Jahren steigt der Getreidebedarf aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl... Eine Zeitlang galt die Getreideproduktion als das einzige Kriterium für Fortschritt oder Rückschritt der Landwirtschaft... Dadurch wurde Raubbau an Waldgebieten getrieben, wurden Weidegebiete unrationell urbar gemacht; immer mehr Land versandet; es kam zu katastrophalen Erosionen und das ökologische Gleichgewicht wurde zerstört." (10)

"Die Getreideproduktion wächst nicht schnell genug, so daß bereits seit vielen Jahren auf jeden Chine-

sen jährlich durchschnittlich 300 kg entfallen. Außerdem ist die Produktion nicht stabil, d. h., es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Jahreserträgen. In Jahren reicher Ernte gibt es etwas Überschuß, in durchschnittlichen Erntejahren kann der Bedarf nur annähernd gedeckt werden. Die Erzeugung von Industriepflanzen ist noch hinter den wachsenden Erfordernissen des Wirtschaftsaufbaus und des Lebens der Massen zurück. Wird dieser rückständige Zustand nicht rasch geändert, kommt die Volkswirtschaft ins Stoppen." (11)

"Der Staat hat die Landwirtschaft nicht genügend unterstützt, und manche Unterstützungsmaßnahmen wurden gar nicht in Kraft gesetzt. .. All dies verhinderte eine rasche Entwicklung der Landwirtschaft. Zwischen der gegenwärtigen Lage der chinesischen Landwirtschaft einerseits und den Bedürfnissen der Massen sowie den Erfordernissen der Vier Modernisierungen andererseits besteht ein scharfer Widerspruch." (12)

Die politischen "Therapievorschlüsse", die aufgrund der kritischen Diagnose der ländlichen Wirtschaft 1978 offiziell gemacht wurden, stellten einen eindeutigen Rückgriff auf alte Konzepte der Notstandsahre 1963/65 dar. Diese Konzepte waren während der Folgephase der Kulturrevolution heftig umstritten und als "restaurativ-kapitalistisch" verurteilt worden. Sie sahen vor allem den konzentrierten staatlichen Mitteleinsatz in den sog. "agrarischen Schlüsselkreisen" vor. Im nachhinein läßt sich feststellen, daß die reformerischen Entwicklungen der frühen achtziger Jahre weitgehend auf der Verwirklichung dieser frühen Konzepte beruhten. Das folgende Zitat ist beispielhaft für diesen Sachverhalt.

"Der Staat muß die Produktion entsprechend den örtlichen Gegebenheiten spezialisieren und den Schwerpunkt seiner Landwirtschaftsinvestitionen auf die Schaffung vieler Zentren für Marktgetreide, Industriepflanzen, Viehzucht, Fischerei und Forstwirtschaft legen... Planmäßig und schrittweise müssen einzelne Schlüsselgebiete veranlaßt werden, in der landwirtschaftlichen Modernisierung und bei der Erhöhung des Lebensstandards voranzugehen; das wird im ganzen Land eine Initialwirkung haben... So kann China schneller als früher seine landwirtschaftliche Modernisierung erreichen. Die Kräfte zuerst auf Schlüsselzentren konzentrieren, bedeutet nicht, daß die anderen Gebiete, die in der Mehrheit sind, zurückbleiben. Stagniert die Produktion in diesen Gebieten,

wird die Landwirtschaft keinen Aufschwung erleben. Deshalb müssen diese Gebiete den Geist des Selbstvertrauens entfalten." (13)

Die agrarischen Schlüsselgebiete, deren Modernisierung seit Ende der siebziger Jahre vorrangig betrieben wird, sind von der kritischen Gesamtentwicklung ebenfalls, wenn auch nur indirekt betroffen. Dies trifft vor allem für die in letzter Zeit häufiger registrierten Überflutungserscheinungen entlang der Unter- und Mittelläufe der großen Flüsse zu. Der große Verlust an natürlicher Speicherkapazität der Waldgebiete und die Verringerung der großen Auffangreservoirs können in ihrer nachteiligen Wirkung kaum unterschätzt werden. Zu einer ähnlichen Beurteilung scheint auch eine "Forschungskommission der Chinesischen Akademie der Wissenschaften zur Modernisierung der Landwirtschaft" gelangt zu sein. In ihrem Rechenschaftsbericht vom März 1981 heißt es u. a.:

"Was seit über dreißig Jahren in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weidewirtschaft und Fischerei an den meisten Orten betrieben worden ist, ist Raubbaubetrieb. Was die Anbaufläche betrifft, so wird sie schwer beansprucht, aber nachlässig gepflegt. Es wird viel herausgeholt, aber wenig zugesetzt. Das hat dazu geführt, daß die Bodenkraft gesunken ist. Was die Waldvorräte angeht, so wird rücksichtslos gefällt und geschlagen, schwer ausgebracht, aber nachlässig aufgebaut. Die Fäll- und Ausbringungsmarge übersteigt das Wachstumsvolumen. Bei Nutzung des Graslandes wird nur herausgeholt, nichts hineingesteckt, nur in Anspruch genommen, nicht gepflegt. Es wird überweidet, was dazu geführt hat, daß die große Graslandfläche rückläufig ist. Was die Fischereiproduktion betrifft, so wird maßlos gefangen, und die Vorräte gehen der Erschöpfung täglich mehr entgegen. Diese Art rückständigen Betriebs zerstört das natürliche ökologische Gleichgewicht und führt dazu, daß die landwirtschaftliche Produktion in einen schädlichen Kreislauf gerät." (14)

Dieses nüchterne Fazit scheint im ersten Augenblick auf grobe entwicklungspolitische Fehlleistungen hinzudeuten. Es wäre jedoch unsachgemäß, die Ursachen allein in einer falschen Politik zu suchen. Wenn innerhalb von dreißig Jahren statt 500 Millionen Menschen mehr als eine Milliarde versorgt werden muß, entstehen zwangsläufig gravierende Probleme, denen kein Land entrinnen kann und die durch keine, wie immer geartete Entwicklungsstrategie kurz- oder mittelfristig aufgehoben werden können. Der "Entwicklungskontinent China"

Tabelle: Getreideproduktion Kopf/Bevölkerung nach Provinzen 1979

Provinzen	Getreide (kg)	Veränderung *) (%)	Abweichung Grundbedarf (Mio.t)	Mensch-Boden-Rel. (ha)
China	341	+8	+3,8	0,1
Beijing	199	-	-1,2	0,05
Tianjin	271	-	-0,5	0,06
Shanghai	221	-	-1,3	0,03
Gruppe I (deutliche Unterproduktion) = (unter 290 kg)				
Guizhou	220	-21	-3,1	0,07
Qinghai	250	-	-0,3	0,16
Gansu	264	-34	-1,4	0,19
Nei Menggu	276	-10	-1,1	-
Ningxia	-	-	-	-
Fujian	282	-6	-1,4	0,05
Shaanxi	285	+15	-1,4	0,14
Yunnan	287	-13	-1,5	0,09
Gruppe II (mittlere Unterproduktion) = (unter 320 kg)				
Henan	292	+14	-3,1	0,1
Guangdong	299	-11	-2,0	0,06
Xinjiang	306	-13	-0,4	0,26
Shanxi	311	+14	-0,6	0,16
Gruppe III (geringe Produktionsabweichung) = (320-250 kg)				
Shandong	320	+36	-1,2	0,21
Liaoning	320	+15	-0,5	0,11
Sichuan	327	+2	-0,8	0,07
Hebei	334	+37	0	0,13
Anhui	337	-6	0	0,09
Guangxi	337	+21	0	-
Gruppe IV (Überschußproduktion) = (über 350 kg)				
Hunan	383	+21	+2,5	-
Jiangxi	383	+2	+1,6	-
Hubei	389	+9	+2,5	0,08
Zhejiang	396	+25	+2,3	0,05
Jiangsu	412	+58	+4,5	0,08
Jilin	414	+4	+1,7	-
Heilongjiang	458	-13	+3,9	0,27

*) Veränderung des Produktionsstandes je Kopf zwischen 1957 u. 1979.

Quellen: Nitchu Keizai Kyokai (Japanisch-chinesischer Wirtschaftsverband), Hrsg., Chugoku noson Kiso tokei shiryoshu ("Materialsammlung grundlegender Statistiken des ländlichen chinesischen Raumes"), 2 Bde, Tokyo, April 1981.

verfügte einfach nicht über die Mittel, um ebenso viel "hineinzustecken" und "aufzubauen", wie "herausgeholt" und "ausgebracht" werden mußte. Das Anerkennen großer objektiver Hindernisse spricht die jeweilige chinesische Führungskoalition jedoch nicht von ihrer Verantwortung frei. Es bleibt der Vorwurf bestehen, daß eine allgemeine "ideologische Illusion" propagiert wurde, wonach die Probleme entweder gar nicht bestünden oder verhältnismäßig schnell zu lösen wären. Man brauchte nur der "korrekten Linie" zu folgen, und die angeblichen ökonomischen Zwänge würden sich als Scheinhindernisse entlarven. Dieser "Große-Sprung-Voluntarismus" hat nicht unwesentlich zur Verschärfung der bestehenden Grundproblematik beigetragen.

Andererseits erscheint es unter politisch-psychologischen Ge-

sichtspunkten fraglich, ob sich die Kerngedanken des ländlichen Reformkurses in ihrer heutigen Klarheit und Konsequenz ohne das "Negativmodell" der Vergangenheit durchgesetzt hätten. Dies gilt zum einen für den vorrangigen Ausbau der Spitzengebiete ("Wachstums- und Modernisierungsinselfen"), also jenes "Drittel der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete", die während der siebziger Jahre "bei der Getreideproduktion ein durchschnittliches Jahreswachstum von über 4,3%, in manchen Fällen sogar mehr, bis zu 5,5% zu verzeichnen" hatten (15). Genauer noch geht es um "die zwölf großen Getreideanbauggebiete, die für den Markt produzieren". Das Ziel ist eine "Verdreifachung bzw. Vervierfachung der Marktgetreidemenge". Die charakteristische "Insellage" dieser Gebiete wird aus der Karte "Marktgetreidegebiete" ersichtlich. Ein

Großteil dieser Gebiete hat gegenwärtig ein jährliches Leistungsniveau in der Getreidewirtschaft von 80-120 dz pro Hektar erreicht. Diese Leistung entspricht dem Zwei- bis Dreifachen des nationalen Durchschnitts. Das heißt, die Praxis der letzten Jahre hat eindeutig unter Beweis gestellt, daß diese Gebiete über wesentlich höhere Wachstumsreserven als die meisten leistungsschwächeren Großregionen verfügen.

Auch ein zweites Grundmerkmal der ländlichen Reform Chinas hat sich zumindest indirekt aus den ideologisch-politischen Fehlkonzepten ergeben. Es handelte sich um die mühsame Durchsetzung der Erkenntnis, daß die ländlichen Wachstumspotentialien nur über die Freisetzung der "Motivationsreserve" der bäuerlichen Produzenten voll genutzt werden könnten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich diese Erkenntnis in ihrer heutigen Konsequenz verbreitet hätte, wenn die Ergebnisse ideologisch-bürokratischer Steuerungsverfahren weniger ungünstig ausgefallen wären.

Die Erfolge der Gegenwart dürfen jedoch nicht den Blick für Probleme verstellen, die in der längerfristigen Zukunft die Entwicklung der chinesischen Landwirtschaft zunehmend belasten werden. Diese Probleme sind in Ansätzen bereits heute erkennbar. An dieser Stelle soll nur andeutungsweise auf sie verwiesen werden. So ist z.B. in den agrarischen Spitzengebieten Chinas eindeutig das "Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses" wirksam. Die Aufwand-Ertrag-Relation jeder zusätzlich produzierten Produktionsmenge (Grenzvertrag) belief sich während der letzten zehn Jahre auf rd. 2,5:1. Zwar ist der technische Optimalpunkt (Beginn fallender Grenzverträge) der Bodenproduktivitätssteigerung offensichtlich noch nicht erreicht, aber ökonomisch scheint man der Grenze bereits nahe. (16) Anders gesagt, Mehrertrag bedeutet für die Produzenten keineswegs ein entsprechendes Mehreinkommen. Bisher existiert für diesen (langfristig) problematischen Sachverhalt keine überzeugende Lösungskonzeption.

Aufgrund der großen objektiven und subjektiven Hemmfaktoren für die ländliche Entwicklung Chinas lag die Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung in den späten siebziger Jahren bei (nur) rd. 300 kg, d.h. an der Untergrenze der Mindestversorgung. Nach verschiedenen chinesischen Darstellungen erscheint eine Getreideproduktion von 400 kg pro Kopf der Bevölkerung als die Marke, an der andere Probleme der Landwirtschaft in Angriff

genommen werden können. Bis zu dieser Höhe muß die Entwicklungspolitik der Getreideversorgung absoluten Vorrang einräumen. Angesichts des gegenwärtig erreichten Niveaus der Getreideproduktion von 380-400 Mio.t kann man davon ausgehen, daß der Zeitpunkt zur Diversifizierung und Verbreiterung der landwirtschaftlichen Basis (Stichwort: Zonenplanung) annähernd erreicht ist. Die agrarpolitischen Zukunftsüberlegungen werden nicht länger ausschließlich vom alles überschattenden Primat der nationalen Getreideversorgung eingeengt.

Der Erfolgsweg, den die chinesische Landwirtschaft während der letzten fünf bis sechs Jahre beschritten hat, wird noch deutlicher, wenn man die unterschiedlichen regionalwirtschaftlichen Krisenlagen der Jahre 1976/78 berücksichtigt. Das wahre Ausmaß der sich verschärfenden Problematik wird erst bei Betrachtung der extrem ungleichmäßigen regionalen Verteilung der nationalen Agrarproduktion auf dem chinesischen "Entwicklungskontinent" zur Gänze sichtbar. Die regionalen Krisendimensionen waren im Verlauf der siebziger Jahre so angewachsen, daß chinesische Medien über die "Verarmung" ganzer Großregionen berichteten. "Verarmung" bedeutete in diesem Zusammenhang, daß ein Absinken unter den offiziellen Mindestbedarf eingetreten war. Die Einzelheiten dieser Entwicklung sollen an dieser Stelle nicht nachvollzogen werden, da sie bereits früher behandelt worden sind (17). Eine kurze Skizzierung scheint jedoch sinnvoll. Dabei ergibt sich eine Unterteilung in drei Kategorien von Armutsgebieten. Zumein handelte es sich um die große "Rückentwicklungsregion" Nordwest mit den Provinzen Shaanxi, Shanxi, Gansu und einer Gesamtbevölkerung von mehr als siebzig Millionen. Weite Teile dieser Region waren bis 1976/78 hinter den Versorgungsstand vor 1949 zurückgefallen. Die zweite Großregion, die ein kritisches Entwicklungsbild zeigte, war der Südwesten mit den Provinzen Yunnan, Guizhou, Guangxi und einer Gesamtbevölkerung von annähernd 100 Millionen. Die dritte Kategorie von Armutsgebieten bestand aus Provinzen mit starkem provinziellen Produktionsgefälle wie Sichuan, Fujian, Anhui usw.

Ein systematischer Überblick über die Entwicklung der einzelnen Provinzen ergibt sich aus der Tabelle "Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung nach Provinzen 1979". Der Produktionsstand von 1979 kann insofern als "fair" gelten, als 1979 ein Rekorderntejahr war. Die Daten sind somit eher unter- denn über-

Die landwirtschaftlichen Produktionsdaten der einzelnen Provinzen verweisen auf die Existenz zweier Arten leistungsschwacher Gebiete in China. Zum einen handelt es sich um Provinzen mit niedriger Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung und zugleich niedriger Bodenproduktivität. Dem entspricht die relativ große Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung. Diese Charakterisierung trifft vor allem auf die chinesischen Grenzprovinzen zu. Zum anderen handelt es sich um traditionelle Anbaugelände mit niedriger Pro-Kopf-Produktion bei relativ hoher Bodenproduktivität, also einer geringen Fläche pro Kopf der Bevölkerung. Zugleich weisen diese Gebiete in ihrer Mehrzahl eine rückläufige oder zumindest stagnierende Getreideproduktion pro Kopf auf, ein Indiz, das typisch für die Erschöpfung der Grundlagen innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen ist. Es waren die Zukunftsprognosen für diese Gebiete, die zu alarmierenden "Notstandsszenarios" führten und den Reformzwang entsprechend erhöhten.

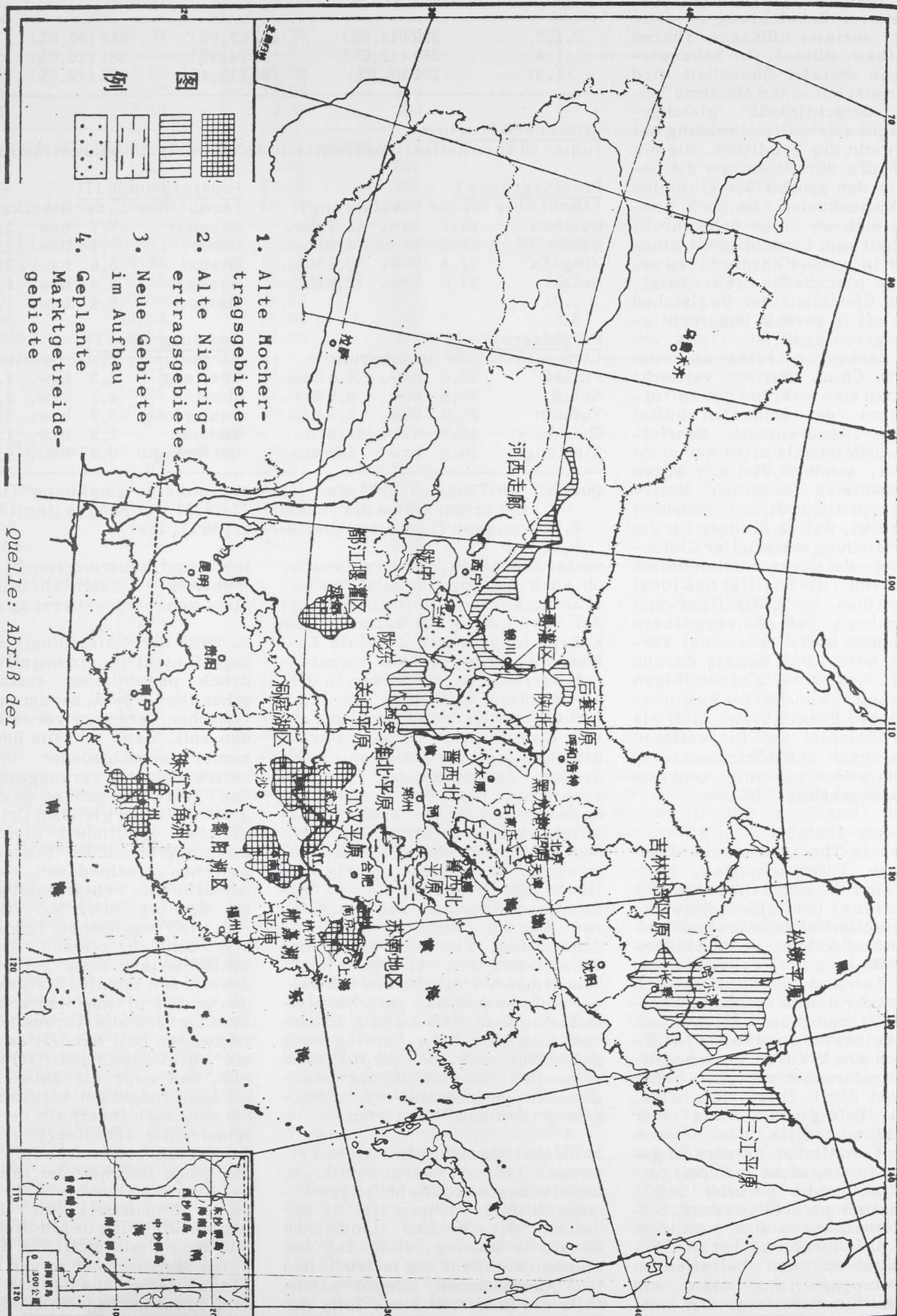
In der politischen Auseinandersetzung um neue Lösungen und Auswege gingen diejenigen Kräfte in der Partei- und Staatsführung, die seither gemeinhin als Reforme bezeichnet werden, systematisch zur Veröffentlichung solcher besorgniserregenden Untersuchungsergebnisse über. Den Höhepunkt erreichte die "Veröffentlichungswelle" 1981. Seitdem ist sie nach und nach verebbt. Offensichtlich sollte damals allen klar werden, worum es ging und wer die Situation verursacht hatte. Heute jedoch, nach mehr als fünf Jahren Reformentwicklung, könnten immer noch vorhandene Notstandserscheinungen zu Lasten der Reform ausgelegt werden.

Wie sich die "Armut" gegen Ende der siebziger Jahre nach Provinzen verteilte, ergibt sich aus der Tabelle "Armut nach Provinzen". Insgesamt waren bis 1979 rd. 100 Millionen Menschen als dauerhaft "arm" klassifiziert. In normalen oder ungünstigen Erntejahren dürfte sich diese Zahl auf 130-150 Millionen bzw. bis zu 200 Millionen (20% der Gesamtbevölkerung) erhöht haben.

III. Gegenwärtige Bilanz der Entwicklung

Die Reformströmung in der chinesischen Partei- und Staatsführung rechtfertigt ihren Kurs zumeist mit dem praktischen Erfolg. Führungsinterne Gegner des Kurses in China und einzelne kritische Beobachter im Ausland gestehen zwar ein, daß große Produktionssteigerungen in

Wichtige Marktgetreidegebiete



Quelle: Abriss der Agrargeographie Chinas

der Landwirtschaft erreicht wurden, aber sie verweisen zugleich auf den (zu) hohen Preis, der sich vor allem in größer werdenden sozialen Gefällen widerspiegelt. Kurzum, es lasse sich ein Abbau sozialer Gleichheit feststellen, der bei weiterer Entwicklung zu steigender sozialer Brisanz führen könne (bzw. müsse). Der behauptete Abbau sozialer Gleichheit wird zudem meist mit einer Abnahme "sozialer Gerechtigkeit" gleichgesetzt. Eine solche Gleichsetzung hat das Gewicht der Tradition. Wie ein roter Faden durchzieht sie die Geschichte der großen Sozialutopien aller Kulturkreise. Dennoch handelt es sich um einen Fehlschluß, Gleichheit und Gerechtigkeit automatisch in "großer Harmonie" zu sehen. Die historische Praxis zeigt, daß die Gleichheit der Ungleichen nur zu oft in soziale Ungerechtigkeit umgeschlagen ist. Etwas von diesem Sachverhalt klingt an, wenn heute in China kritisch vermerkt wird, daß man während der Kulturrevolution "den schnellen Büffel peitschte". Individuelle Mehrleistung wurde damals nicht nur nicht vergütet, sondern vielfach wegen der vermuteten "unreinen" Motive ideologisch diskreditiert. Nebenbei sei bemerkt, daß es Grenzen für die Verwirklichung materieller Gleichheit gibt. Bei Überschreiten dieser Grenzen führt die Realität das Ideal ad absurdum. Der Kontrollaufwand wird so hoch, daß das verteilbare Endvolumen überproportional verringert wird. Man könnte daraus eine Art "Gesetz der gleichmäßigen Verarmung" ableiten. Die kulturrevolutionäre Praxis bietet sich als ein Fallbeispiel an. Die weiteren Ausführungen zur Gleichheitsproblematik sollen auf einige konkrete Aspekte beschränkt bleiben.

1. Kuznets-Theorie:

Die Kuznets-Theorie basiert auf empirischen Untersuchungen, nach denen sich in der Frühphase der Entwicklung bei allen Entwicklungsgesellschaften (zwangsläufig) die Ungleichheit in der Einkommensverteilung verstärkte. Bei weiterer Entwicklung lasse sich jedoch eine Umkehr dieses Trends feststellen. Stellt man diesen Sachverhalt in Form eines Diagramms dar, so ergibt sich eine U-Kurve. Manche Entwicklungsforscher sprechen daher auch von der U-These. Das heißt, daß die Erfolgsbeurteilung einer Entwicklungspolitik, in diesem Fall der ländlichen Entwicklungspolitik Chinas, nicht nach dem Auftreten steigender sozialer Gefälleerscheinungen erfolgen darf. Solche Erscheinungen sind zumindest in der Anfangsphase eher ein Erfolgskriterium der betreffenden Entwicklungspolitik, denn ein Symptom für Mißerfolg. Der entscheidende Maßstab darf also nicht die Frage nach relativen Gefälleer-

Tabelle: Armut nach Provinzen und Arme Kreise und Produktionsgruppen 1977-1979

Gruppe unter 50 Yuan (Mio.)	Kreise unter 50 Yuan	Kreise unter 40 Yuan	Gesamt	Jahr
1,8	333 (14,6%)	182 (7,9%)	515 (22,5%)	1977
1,4	284 (12,5%)	97 (4,3%)	381 (16,8%)	1978
1,37	202 (8,9%)	81 (12,4%)	283 (12,4%)	1979

Armut nach Provinzen

(unter 50 Yuan kollektives erwirtschaftetes Pro-Kopf-Jahreseinkommen)

Provinzgruppe I

(Armut über 25% der Bevölkerung)

Guizhou	61,7 bzw. 13,7 Mio.
Gansu	41,2 bzw. 6,6 Mio.
Ningxia	32,4 bzw. 0,9 Mio.
Henan	27,0 bzw. 12,8 Mio.

Provinzgruppe II

(Armut 15-25% der Bevölkerung)

Fujian	22,6 bzw. 4,6 Mio.
Anhui	22,4 bzw. 9,5 Mio.
Yunnan	20,0 bzw. 5,5 Mio.
Shandong	19,7 bzw. 12,8 Mio.
Xinjiang	16,3 bzw. 1,1 Mio.

Provinzgruppe III

(Armut über 5% der Bevölkerung)

Shaanxi	7,7 bzw. 1,8 Mio.
Hebei	7,1 bzw. 3,2 Mio.
Shanxi	5,8 bzw. 1,2 Mio.
Guangxi	5,4 bzw. 1,6 Mio.
Jiangxi	5,4 bzw. 1,4 Mio.

Provinzgruppe IV

(Armut unter 5% der Bevölkerung)

Zhejiang	4,2 bzw. 1,3 Mio.
Jiangsu	4,1 bzw. 2,0 Mio.
Guangdong	3,9 bzw. 1,7 Mio.
Sichuan	1,9 bzw. 1,6 Mio.
Nei Menggu	0,4 bzw. 0,1 Mio.

Quelle: "1977 nian zhi 1979 nian quanguo qingxian qingkuang" (Lage der armen Kreise des Landes 1977-1979), in: Nongye jingji congkan (Landwirtschaftsserie), Nr. 1, 1981.

weiterungen sein, sondern danach, ob auch das sog. "untere Fünftel" (Lorenz-Kurve, Gini-Koeffizient) der Bevölkerung im Rahmen einer Entwicklungspolitik absolute Einkommensverbesserungen verzeichnet. Verlässliche Statistiken in dieser Richtung existieren für China nicht. Dennoch deutet eine Vielzahl von Einzelbeschreibungen darauf hin, daß sich die Situation in den großen Armutsgebieten deutlich verbessert hat. Nach offiziellen Aussagen soll die als "arm" zu klassifizierende Bevölkerung auf einen Sockel von rd. sechzig Millionen geschrumpft sein. Diese sechzig Millionen könnte man als die vom "Reformwunder Vergessenen" bezeichnen. Für sie bleibt zur Zeit keine Alternative, als den "Geist des Selbstvertrauens zu entfallen". "Sucht man die Wahrheit in den Tatsachen", so muß man gerechterweise feststellen, daß sechzig Millionen eine deutliche Verringerung gegenüber jenen 100-200 Millionen darstellen, die während der siebziger Jahre im Interesse der "ideologischen Reinheit" hungerten.

Wohlfahrtstheoretisch (Pareto-Kriterium) läßt sich argumentieren, daß die Gesamtwohlfahrt im ländlichen China gewachsen ist, da der Nutzen der meisten ländlichen Haushalte anstieg, ohne daß bei anderen eine Senkung festzustellen ist. Ausgenommen scheint allenfalls die Wohlfahrt eines Teils der ländlichen Basisbürokratie. Die Schwächung ihrer politischen Kon-

troll- und Steuerungsmacht läßt die früheren "Wohlfahrtsgewinne" nicht mehr ohne weiteres zu.

2. Wenn der soziale Ungleichheitsbegriff nicht nur ein negativer Ausdruck persönlicher sozialpolitischer Ideale sein, sondern als analytischer Terminus verwandt werden soll, dann muß die Beachtung zweier verschiedener Ungleichheitskategorien vorausgesetzt werden. Zum einen geht es um die "Ungleichheit" am gleichen Ort oder im gleichen ländlichen Kleingebiet, zum anderen um die "Ungleichheit" zwischen verschiedenen, voneinander mehr oder weniger weit entfernten Großregionen. Nur im ersten Fall wird (wachsende) Ungleichheit von den Betroffenen als Verschlechterung bzw. Verbesserung des eigenen sozialen Status empfunden und kann dementsprechend mit sozialer Brisanz verbunden sein. Im zweiten Fall handelt es sich um ein entwicklungspolitisches Faktum, das zwar die Entwicklungsplanung insgesamt belastet und zu Kontroversen innerhalb der politischen Elite (Stichwort: regionale Interessenvertretung) führt, aber die große Mehrheit der ländlichen Bevölkerung kaum berührt. Vereinfacht formuliert, die Einkommensentwicklung im ländlichen Umfeld Shanghais stellt für den normalen Dorfbewohner in der Provinz Yunnan keinen ins Gewicht fallenden, bewußtseinsgestaltenden Faktor dar.

Tabelle: Getreideproduktion und Bevölkerung nach Provinzen 1984

	(1) Getreide- produktion (Mio.t)	(2) Bevölkerung (Mio.)	(3) Getreideprod. pro Kopf (kg) (1:2)	(4) Veränderung absolut gegenüber 1979 (%)	(5) Veränderung/Kopf (3) gegenüber 1979 (%)
China	407,31	1034,75	394	22,6	15,5
Tianjin	1,32	7,99	165	-	-39,1
Shanghai	2,53	12,05	210	-	-5,0
Beijing	2,18	9,47	230	-	15,6
Gruppe I (deutliche Unterproduktion = unter 290kg)					
Qinghai	1,01	4,02	251	-	0,4
Guizhou	7,58	29,32	259	26,1	17,7
Gansu	5,40	20,16	268	8,3	1,5
Gruppe II (geringe Unterproduktion bis Grundbedarfsdeckung = 290-350kg)					
Nei Menggu	5,95	19,85	300	16,4	8,7
Fujian	8,05	26,77	301	15,2	6,7
Yunnan	10,50	33,62	312	16,2	8,7
Guangxi	12,13	38,06	319	3,8	-5,3
Guangdong	19,73	61,66	320	16,2	7,0
Shanxi	8,72	26,00	330	14,4	7,7
Hebei	18,70	54,87	341	9,8	2,1
Shaanxi	10,24	20,66	345	28,3	21,1
Gruppe III (Überschußproduktion = 350-400kg)					
Xinjiang	4,97	13,44	370	32,2	20,9
Henan	28,94	76,46	378	37,9	29,5
Ningxia	1,54	4,06	379	-	-
Liaoning	14,26	36,55	390	29,5	12,2
Shandong	30,40	76,37	398	31,4	12,4
Gruppe IV (Marktgetreideproduktion = über 400kg)					
Sichuan	40,80	101,12	403	27,7	23,2
Anhui	22,03	51,03	432	36,2	28,2
Jiangxi	15,49	34,21	453	25,2	18,3
Zhejiang	18,17	39,93	455	21,1	14,9
Hubei	22,63	48,76	464	25,7	19,3
Hunan	26,13	55,61	470	30,7	22,7
Heilongjiang	17,58	32,95	534	21,1	16,6
Jiangsu	33,54	61,71	544	38,2	32,0
Jilin	16,35	22,84	716	80,3	72,9

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus: Statistical Bureau, People's Republic of China, Statistical Yearbook of China 1985; Nitchu Keizai Kyokai (Japanisch-Chinesischer Wirtschaftsverband), Hrsg., "Chugoku noson kiso tokei shiryoshu" (Materialsammlung grundlegender Statistiken des ländlichen chinesischen Raumes), 2 Bde, Tokyo, April 1981.

Zur Kritik an der vermeintlich wachsenden Ungleichheit zwischen verschiedenen Großgebieten läßt sich summarisch behaupten, daß sie in ihrer Pauschalität falsch ist. Sie kann sich nicht auf das vorhandene Datenmaterial stützen. Im Gegenteil, die Statistiken weisen deutlich aus, daß die leistungsschwächeren agrarischen Gebiete - mit der einzigen Ausnahme der Provinz Yunnan (Bevölkerung 1984: 33,6 Mio., LW-Wachstum 1979-84 pro Kopf der Bevölkerung 23,9%) - im Zeitraum 1979-84 ein aggregiertes Pro-Kopf-Wachstum der ländlichen Wertschöpfung (chinesischer Terminus Nettoproduktionswert der Landwirtschaft) erzielten, das über dem nationalen Durchschnitt (44,3%) lag. Leistungsschwächere Gebiete (Bewertungsjahr 1979) mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 250 Millionen erreichten Gesamtsteigerungen zwischen 48,8%

und 72,8% (Gansu 48,8%, Henan 59,2%, Shanxi 61,7%, Shaanxi 63,1%, Sichuan 72,8%). Drei weitere leistungsschwächere Gebiete mit einer Gesamtbevölkerung von gut sechzig Millionen erzielten ein ausgesprochenes Hochwachstum von mehr als 100% (Guizhou 108,9%, Xinjiang 129,8%, Nei Menggu/Innere Mongolei 145,5%). Die einzige leistungsschwächere Provinz, über deren Entwicklung seit 1979 aufgrund mangelnden statistischen Vergleichsmaterials keine definitive Aussage gemacht werden kann, ist die Autonome Region Guangxi. Während die Getreideerzeugung pro Kopf der Bevölkerung nahezu stagnierte (1979-84 Gesamtwachstum 3,8%), scheint sie jedoch in der ländlichen Wertschöpfung insgesamt deutliche Steigerungen erfahren zu haben. Darauf deutet ihre Position im "unteren Mittelfeld" hin.

Ein umfassender Überblick über die Getreideproduktion (absolut und pro Kopf) und die ländliche Wertschöpfung für die einzelnen Provinzen Chinas im Zeitraum 1979-84 ergibt sich aus den beiden Tabellen "Getreideproduktion und Bevölkerung nach Provinzen 1984" sowie "Bruttoproduktionswert und Nettoproduktionswert (Wertschöpfung) der Landwirtschaft nach Provinzen".

Die Tabellen verdeutlichen, daß (trotz großer Erfolge) die landwirtschaftliche Situation für eine Reihe von Gebieten auch weiterhin angespannt ist, da diese Gebiete zugleich eine niedrige Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung (Selbstversorgungsaspekt) und eine deutlich unterdurchschnittliche gesamt-agrarische Wertschöpfung erkennen lassen. Sieht man von den regierungsunmittelbaren Städten Tianjin, Shanghai und Bei-

Tabelle: Brutto- und Nettoproduktionswert (Wertschöpfung) Landwirtschaft nach Provinzen zu Preisen von 1980

	(1) BPW 1984 (Mrd. Yuan)	(2) NPW/Kopf 1979 in Yuan	(3) NPW 1984 (Mrd. Yuan)	(4) NPW/Kopf 1984 (Yuan)	(5) (2):(4) (in %)	(6) Nettoquote (3):(1)
China	318,04	149	222,70	215	44,3	0,700
Gruppe I (= NPW/Kopf unter nationalem Durchschnitt von 215 Yuan 1984)						
Tianjin	1,669	166	1,109	139	-16,3	0,664
Shanghai	2,659	96	1,697	141	46,9	0,638
Beijing	2,215	131	1,455	154	17,6	0,657
Gansu	4,086	86	2,587	128	48,8	0,633
Guizhou	6,299	79	4,582	165	108,9	0,727
Shaanxi	7,396	103	4,993	168	63,1	0,675
Guangxi	9,420	-	6,429	169	-	0,682
Yunnan	7,735	138	5,742	171	23,9	0,742
Shanxi	6,515	107	4,490	173	61,7	0,689
Qinghai	1,050	-	0,716	178	-	0,682
Ningxia	1,099	-	0,733	181	-	0,667
Sichuan	28,184	114	19,948	197	72,8	0,708
Hebei	15,307	169	10,876	198	17,2	0,711
Henan	20,838	125	15,185	199	59,2	0,729
Jiangxi	9,834	137	7,056	206	50,4	0,718
Fujian	8,066	134	5,563	208	55,2	0,690
Liaoning	11,762	127	7,739	212	66,9	0,658
Gruppe II (= NPW/Kopf über nationalem Durchschnitt von 215 Yuan 1984)						
Nei Menggu	6,128	88	4,293	216	145,5	0,701
Anhui	16,211	180	11,232	220	22,2	0,693
Guangdong	19,540	152	13,655	221	45,4	0,699
Hunan	17,126	156	12,536	225	44,2	0,732
Hubei	16,920	155	12,407	254	63,9	0,733
Zhejiang	14,751	227	10,217	256	12,8	0,692
Heilongjiang	12,154	209	8,523	259	23,9	0,701
Xinjiang	4,989	114	3,520	262	129,8	0,706
Jilin	8,899	142	6,011	263	85,2	0,675
Jiangsu	25,382	192	17,037	276	43,8	0,671
Shandong	31,011	150	21,797	285	90,0	0,703

Quellen: Siehe Tabelle "Getreideproduktion Provinzen 1984"

jing ab, die als städtische Industriezentren naturgemäß ausgeklammert werden müssen, so sind vor allem die Provinzen Qinghai, Gansu und Guizhou zu nennen. Andere Provinzen wie Shanxi, Shaanxi, Fujian, Yunnan und Hebei haben zwar aufgrund der großen Wachstumserfolge der vergangenen Jahre in der Getreidewirtschaft den Stand der Grundbedarfsdeckung in etwa erreicht, aber bisher vermochten sie ähnliche Erfolge hinsichtlich der Erweiterung der agrarischen Basis noch nicht zu erzielen. Im Gegensatz dazu konnten Provinzen wie Guangdong und die Innere Mongolei ihre Schwächen in der Getreidewirtschaft durch eine überdurchschnittliche Diversifizierung der Landwirtschaft insgesamt mehr als ausgleichen. Ihre landwirtschaftlichen Nettoproduktionswerte pro Kopf der Bevölkerung liegen über dem nationalen Durchschnitt (1984: 215 Yuan).

Es soll noch einmal betont werden, daß unter den agrarisch leistungsschwächeren Gebieten nur die Provinzen Guangxi (3,8%), Gansu (8,2%) und Hebei (9,8%) in der Ge-

treideerzeugung 1979-84 ein aggregiertes Wachstum pro Kopf der Bevölkerung von weniger als 10% erzielten, und nur die Provinz Hebei wies zugleich ein ähnlich geringes Wachstum in der gesamten ländlichen Wertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung auf (17,2%). Das heißt, daß nahezu jede Provinz, gleich ob Rückstands- oder Spitzengebiet, während der letzten Jahre im Rahmen des Reformkurses deutliche Wachstumserfolge erzielt hat. Der für die "regionale Gefällediskussion" wichtige Aspekt ist, daß nicht nur die traditionellen Spitzengebiete, sondern vor allem auch die Provinzen mittlerer Leistungsfähigkeit (untere bis obere Mitte) überdurchschnittlich hohe Zuwächse erzielt haben. Angesichts dieser Entwicklung trifft das "Gefälleargument" nur noch bedingt auf die ländliche Realität Chinas zu. Statt dessen läßt sich eher von einer "Schichtung" nach vier verschiedenen agrarischen Leistungsklassen sprechen. Nur die unterste dieser Schichten wird für ihre zukünftige Entwicklung auf langfristige zentral-staatliche Mittelhilfe angewiesen sein.

Besonders bemerkenswert erscheint, daß diejenigen Provinzen, die bis Ende der siebziger Jahre typische provinzierte Leistungsgefälle aufwiesen, deutlich überdurchschnittlich wuchsen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Getreideerzeugung als auch die ländliche Wertschöpfung insgesamt. Zu erwähnen sind vor allem die wegen ihrer früheren "Krisenlatenz" als "Reformauslösungsgebiete" bekannten Provinzen Sichuan und Anhui. Sichuan - mit über 100 Millionen Bewohnern Chinas größte Provinz - lag zwar 1984 mit einer agrarischen Wertschöpfung von 197 Yuan pro Kopf der Bevölkerung noch leicht unter dem nationalen Durchschnitt, aber der Zuwachs 1979-84 betrug insgesamt 72,8%. Ferner entwickelte sich die Provinz in der Getreidewirtschaft zu einem der Spitzengebiete des Landes (1984: 403 kg pro Kopf der Bevölkerung). Ähnliches gilt für Anhui, das 1984 sogar eine Pro-Kopf-Getreideerzeugung von 432 kg erzielte (Wachstum 1979-84: 36,2%) und mit einer ländlichen Wertschöpfungsgröße von 220 Yuan pro Kopf der Bevölkerung (Wachstum 1979-84: 22,2%) über dem

Tabelle: Nettoproduktionswert (NPW) Industrie und kombinierter Nettoproduktionswert Industrie + Landwirtschaft nach Provinzen (zu jeweiligen Preisen) 1984

	(1)	(3)		(4)	(5)
	NPW Industrie (Mrd. Yuan)	NPW Industrie (1)/Kopf (Yuan)	Veränderung (2)/1979 (%)	Leicht- industrie/(1) (%)	Kombinierter NPW/Kopf (Yuan)
China	224,60	217	47,4	39,7	432
Shanghai	24,15	2004	23,1	51,6	2145
Beijing	9,62	1016	26,2	34,8	1170
Tianjin	7,21	902	15,1	51,9	1041
Liaoning	19,79	541	17,9	27,1	753
Heilongjiang	12,81	389	69,1	20,9	648
Jiangsu	17,98	291	34,7	46,9	567
Jilin	6,14	269	43,9	31,9	532
Zhejiang	9,76	245	92,9	55,4	501
Shandong	16,37	214	57,4	35,3	499
Hubei	10,12	208	52,9	38,7	462
Shanxi	6,15	237	65,7	19,7	410
Xinjiang	1,83	136	119,4	34,1	403
Guangdong	10,82	175	44,6	58,1	396
Hebei	9,24	168	78,7	35,2	366
Nei Menggu	2,98	150	163,2	33,4	366
Hunan	7,34	132	22,2	39,6	357
Fujian	3,47	130	47,7	54,9	338
Ningxia	0,60	149	-	21,4	330
Qinghai	0,58	144	-	33,9	322
Shaanxi	4,17	141	23,7	32,7	309
Henan	8,29	108	11,8	42,5	307
Sichuan	12,23	121	49,4	35,6	302
Yunnan	3,67	109	70,3	49,5	280
Guizhou	2,71	91	71,7	33,7	256
Guangxi	3,16	83	93,0	49,5	252

Quellen: Siehe Tabelle "Getreideproduktion nach Provinzen 1984"

nationalen Durchschnitt lag. Bildlich läßt sich die Entwicklung im ländlichen China während der letzten Jahre so beschreiben, daß die anhaltende "Wachstumsflut" die vormals großen "Landflächen der Armut" überspülte und nur noch einen "harten" Rest von "Armut-inseln" zurückließ. Es scheint, daß sich die Führung der Problematik dieser "Restgebiete" durchaus bewußt ist. Darauf deutet jedenfalls ein Rundschreiben des Staatsrates an die Provinzleitungen des Landes vom Juni 1986 hin. Das Rundschreiben fordert nachdrücklich die Verwirklichung vorgeschlagener Maßnahmen "on strengthening economic development in poor areas and for efforts to be made to solve the food and clothing problem for the people in most of the poor areas during the seventh five-year plan... We must understand clearly that the economic development in many localities is uneven. Currently, conditions for production are still poor in some areas... In these areas the development of social productive forces has been slow; their economy and culture are backward; and some peasants still face the food and clothing problem. This is an important economic and social question that we must not overlook." (18)

Das Bild der ländlichen Entwicklung kann durch die industrielle

Entwicklung der einzelnen Regionen ergänzt werden. Hierbei läßt sich erkennen, daß unter den agrarisch schwächeren Gebieten nur die Provinz Shaanxi ein deutlich unterdurchschnittliches industrielles Wachstum verzeichnete. Während das aggregierte Wachstum der industriellen Wertschöpfung je Kopf der Bevölkerung für ganz China im Zeitraum 1979-84 47,4% ausmachte, erreichte Shaanxi nur 23,7%. Ein langsamerer Pro-Kopf-Wachstum wies nur die agrarisch leistungsstarke Provinz Hunan (22,2%) auf. Tendenziell zeigten die Provinzen der zweiten und dritten agrarischen Leistungsschicht auch im industriellen Bereich den höchsten Zuwachs. Unter den leistungsstarken Gebieten erreichte allein die Provinz Heilongjiang mit 69,1% eine deutlich überdurchschnittliche Steigerung. Die großen traditionellen Industriegebiete - so insbesondere Shanghai, Beijing, Tianjin, Liaoning und auch Jiangsu - wuchsen nur unterdurchschnittlich. Den niedrigsten industriellen Gesamtzuwachs aller Provinzen verzeichnete Liaoning mit 17,9%. Eine genaue Übersicht über die industrielle Leistung der einzelnen Provinzen ist in der Tabelle "Nettoproduktionswert Industrie und kombinierter Nettoproduktionswert Industrie/Landwirtschaft nach Provinzen 1984" wiedergegeben.

Eine Addition der landwirtschaftlichen und industriellen Wertschöpfungsgrößen je Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1984 ("kombinierter Nettoproduktionswert") spricht ebenfalls gegen die These zunehmender wirtschaftlicher Leistungsgefälle zwischen den einzelnen Regionen Chinas. Zwar beträgt das Gefälle zwischen der leistungsstärksten Provinzeinheit Shanghai (industriell-landwirtschaftliche Wertschöpfung je Kopf 1984: 2.145 Yuan) und der leistungsschwächsten, Guangxi (252 Yuan), rd. 8,5:1. Die Differenz im Nationaleinkommen bzw. Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung dürfte sich einem Verhältnis von 10:1 nähern. Aber bereits der Vergleich mit den beiden anderen städtischen Industriezentren Beijing und Tianjin (1.170 Yuan bzw. 1.041 Yuan) fällt mit einer Differenz von gut 4:1 deutlich günstiger aus. Klammert man die städtischen Zentren aus und vergleicht ausschließlich die Flächenprovinzen des Landes, so beträgt das regionalwirtschaftliche Leistungsgefälle zwischen der stärksten Flächenprovinz Liaoning (753 Yuan) und der schwächsten, Guangxi, nur noch 3:1. (Siehe Tabelle "Nettoproduktionswert Industrie und kombinierter Nettoproduktionswert Industrie/Landwirtschaft nach Provinzen 1984".)

Zahlenbild des Erfolges:

Nachstehend sollen die im Vergleich zur Vergangenheit großen Erfolge der landwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre anhand verschiedener Aspekte des Wachstums kurz dargestellt werden.

1. Im Zeitraum 1979-85 wuchs der landwirtschaftliche Produktionswert im jährlichen Durchschnitt mit mehr als 10%. Im Vergleich zum langfristigen Zeitraum 1953-78, dessen durchschnittliche Jahressteigerungen bei 3,2% lagen, erfolgte also eine ausgesprochene "Leistungsexplosion". Die starke Beschleunigung war, wie bereits erwähnt, vor allem das Ergebnis der faktischen Entkollektivierung der Landwirtschaft. Unabhängig von der Frage nach der formalen (juristischen) Gestaltung der Eigentumsverhältnisse vollzog sich in der Praxis eine deutliche Veränderung der "Produktionsverhältnisse". Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich auch der Begriff "Reform" in seiner ursprünglichen Bedeutung rechtfertigen. Die außer Form geratene Landwirtschaft Chinas wurde wieder in eine den Produktionsbedürfnissen angemessene Form gebracht. Mit Blick auf die weitere Entwicklung wäre es jedoch falsch, die Reform im eben genannten Sinn als den einzigen Faktor des Erfolges anzusehen. Eine weitere entscheidende Voraussetzung für das Hochwachstum der letzten Jahre war zweifelsohne die zuvor geschaffene landwirtschaftliche Infrastruktur überbetrieblicher Art. Insbesondere der systematische Ausbau der überbetrieblichen Bewässerungssysteme sowie der Ausbau der landwirtschaftlich orientierten Industriekapazität müssen an dieser Stelle genannt werden. Solche Infrastrukturellen Vorleistungen können entweder per kollektiver Kampagnenpolitik (Vergangenheit) oder durch konzentrierten staatlichen Mitteleinsatz erbracht werden. Da eine Rückkehr zur Kampagnenpolitik gegenwärtig unwahrscheinlich ist, wird der Staat zumindest langfristig, wenn nicht bereits mittelfristig gefordert sein. Anders läßt sich das gegenwärtige Hochwachstum der Landwirtschaft nicht aufrechterhalten.

2. Das starke Wachstum der Landwirtschaft während der letzten Jahre drückt sich auch in der Steigerung des Anteils am Nationaleinkommen aus. 1979 trug die landwirtschaftliche Wertschöpfung (Nettoproduktionswert der Landwirtschaft) mit 131,8 Mrd. Yuan einen Anteil von 39,3% zum Nationaleinkommen (335,0 Mrd. Yuan) bei. Rechnet man noch die leichtindustrielle Produktion (50,6 Mrd. Yuan), die weitgehend auf der Ver-

arbeitung agrarischer Rohstoffe beruht, hinzu, so ergibt sich ein agrarisch-leichtindustrieller Wertschöpfungsanteil von insgesamt 50,6%. Bis 1985 war der Anteil der landwirtschaftlichen Wertschöpfung (301,7 Mrd. Yuan) am Nationaleinkommen (676,5 Mrd. Yuan) auf 44,6% gestiegen. Einschließlich der Leichtindustrie (104,6 Mrd. Yuan) ergab sich ein gemeinsamer Anteil von 60,1% (19). Die Leistungssteigerungen im agrarisch-leichtindustriellen Bereich waren also während der letzten Jahre deutlich höher als die Steigerungen in der staatlich-schwerindustriellen Wirtschaftsdomäne.

3. Die Getreidewirtschaft, der absolute Schwerpunktbereich der chinesischen Landwirtschaft, wies im Zeitraum 1978 (305 Mio.t) bis 1985 (379 Mio.t) ein Wachstum von knapp 25% auf. Pro Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Steigerung von rd. 317 kg auf rd. 363 kg (knapp 15%). 1984 wurde die bisherige Getreide rekordmarke von rd. 407 Mio.t erreicht. Der Rückgang 1985 ist zum großen Teil auf einen Flächennutzungswandel (-4,4 Mio.ha) zurückzuführen. Anders gesagt, das getreidewirtschaftliche Wachstum hätte wesentlich höher gelegen, wenn nicht gleichzeitig seit Ende der siebziger Jahre die jährlich bebaute Fläche reduziert worden wäre.

4. Um noch einmal auf die nationale Getreideerzeugung pro Kopf der Bevölkerung zurückzukommen, ein aggregierter Zuwachs von knapp 15% innerhalb von sieben Jahren erscheint auf den ersten Blick nicht sehr eindrucksvoll. Erinnerung an sich jedoch an die agrarische Lagebeurteilung durch die chinesische Führung gegen Ende der siebziger Jahre (siehe obige Zitate), so macht die Marge von 15% den Übergang zur Grundbedarfsdeckung (auch in schlechteren Erntejahren) aus. Die qualitative Bedeutung des Wachstums ist also wesentlich größer als seine statistische. Ferner kommt hinzu, daß die Gesamtzahlen der Getreideerzeugung in ihrer Einfachheit das tatsächliche Bild verzerren.

Zum einen hat sich innerhalb der Getreidewirtschaft eine klare Verschiebung zu mehr Qualität ergeben. Im Zeitraum 1979-84 stieg die Produktion der Qualitätsgetreidearten Weizen und Reis um jeweils 40% bzw. 24%. Die Maiserzeugung erhöhte sich um 22%, wobei eine Nutzungsverschiebung vom Eßgetreide zum Futtergetreide zu verzeichnen ist. Die Kartoffelernte hingegen stagnierte bei knapp 30 Mio.t. (20)

Zum anderen ergaben sich deutliche Leistungsverbesserungen in allen anderen Bereichen der Landwirt-

schaft. So stieg die gesamte ländliche Wertschöpfung (einschließlich ländlich-industrieller Verarbeitung) je Kopf der Bevölkerung von 1979 knapp 150 Yuan auf 1985 knapp 290 Yuan, d.h. um über 90%. Nach Teilbereichen untergliedert war der Anteil der Feldwirtschaft von 1979 66,9% auf 1984 58,1% rückläufig. Im gleichen Zeitraum erhöhten die Forstwirtschaft, Viehzucht/Fischerei und das Nebengewerbe ihre Anteile von jeweils 2,8% auf 4,1%, 15,2% auf 15,9% und 15,1% auf 21,9% (21). Innerhalb der Feldwirtschaft war der Anteil des Getreides rückläufig. Das ergibt sich indirekt aus dem hohen aggregierten Wachstum der sog. technischen Kulturen. So erhöhte sich die Baumwollerzeugung im Zeitraum 1979-84 um 184%. Die Tabakernte stieg um 90%, Ölfrüchte um 85%, Zucker um 61%, Obst und Früchte um 45% (22). Es läßt sich also ein Trend zur Diversifizierung der Landwirtschaft erkennen. Voraussetzung für die gegenwärtig erfolgende Verbreiterung der agrarischen Produktionsbasis waren die zuvorige Leistungssteigerungen in der Getreidewirtschaft.

Drittens soll noch einmal erwähnt werden, daß der Rückgang der Getreideerzeugung 1985 wesentlich auf die Nutzungsumwandlung von Getreideflächen zurückzuführen ist. 1979 betrug die jährlich bebaute Fläche insgesamt 148,4 Mio.ha. Der Getreideflächenanteil belief sich auf 119,2 Mio.ha bzw. 80,3%. Bis 1984 hatten sich die jeweiligen Größenordnungen auf 144,2 Mio.ha bzw. 112,9 Mio.ha (Anteil 78,3%) verschoben. 1985 waren sowohl die absolute Größe der Getreidefläche (108,5 Mio.ha) als auch die Anteilsgröße (75,2%) rückläufig (23). Der Umfang der nationalen (jährlich bebauten) Getreidefläche hat sich also zwischen 1979 und 1985 insgesamt um knapp 10% verringert. Diese Tatsache beweist, daß der Rückgang in der Getreideernte 1985 kein "Erschöpfungssymptom" bisher vorhandener Produktionsreserven ist, sondern Ausdruck eines (zu) forcierten Übergangs von der Getreidewirtschaft zum Anbau technischer Kulturen. Die hieraus resultierenden Abstimmungsprobleme sollen nicht verharmlost werden, aber letzten Endes spiegeln sie indirekt ein allgemeines Sicherheitsgefühl der chinesischen Bauern wider. In der Vergangenheit waren nachhaltige Steigerungen der Nicht-Getreide-Ernten u.a. an der zögernden Haltung der bäuerlichen Einheiten gescheitert. Die Angst vor möglichen Schwierigkeiten in der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln war zu groß gewesen, um die Getreideflächen mehr als nominal zu verringern.

Aus den zuvor angeführten Aspek-

Tabelle: China - Grundanbaufläche (1978), Getreideerträge und Wertschöpfung je Fläche nach Provinzen 1984

	(1) Grundanbau- fläche (Mio.ha/1978)	(2) Fläche mit Wasserregulie- rung/(1) (%)	(3) Flächenertrag Getreide (t/ha, 1984)	(4) Wertschöpfung/ Fläche (Yuan/ha, 1984)	(5) Wertschöpfung Feldwirtschaft (Mrd. Yuan, 1984)	(6) (5)/Land- wirtschaft (%, 1984)
China	99,33	25,6	3,6	1648	163,69	73,5
Shanghai	0,36	88,5	5,2	3361	1,21	71,5
Beijing	0,43	10,5	4,2	2488	1,07	73,5
Tianjin	0,37	6,9	2,7	2162	0,80	72,4
Zhejiang	1,83	80,5	5,2	4333	7,93	77,6
Guangdong	3,23	75,0	4,1	3009	9,72	71,2
Fujian	2,52	80,9	4,2	3000	3,87	69,6
Jiangsu	4,65	58,9	5,1	2751	12,79	75,1
Hunan	3,45	78,2	4,8	2751	9,49	75,7
Hubei	3,76	52,0	4,3	2479	9,32	75,1
Sichuan	6,65	49,7	4,2	2382	15,84	79,4
Shandong	7,29	2,7	3,9	2228	16,24	74,5
Jiangxi	2,52	81,6	4,2	1992	5,02	71,2
Anhui	4,46	39,0	3,6	1841	8,21	73,1
Guizhou	1,90	41,9	3,3	1805	3,43	74,9
Guangxi	2,56	64,1	3,3	1789	4,58	71,2
Henan	7,15	6,0	3,2	1580	11,30	74,4
Yunnan	2,72	37,3	2,9	1577	4,29	74,7
Hebei	6,67	1,6	2,8	1168	7,79	71,6
Liaoning	4,68	8,1	4,6	1162	5,44	70,3
Nei Menggu	2,73	0,2	1,6	1095	2,99	69,7
Shaanxi	3,84	4,4	2,6	911	3,50	70,0
Shanxi	3,91	0,3	2,6	829	3,24	72,1
Jilin	5,05	6,0	4,7	826	4,17	69,4
Xinjiang	3,18	2,3	2,5	764	2,43	69,1
Qinghai	0,60	-	2,5	717	0,43	60,3
Heilongjiang	9,17	2,6	2,4	671	6,15	72,1
Ningxia	0,89	19,2	2,3	573	0,51	69,7
Gansu	3,56	0,3	1,9	458	1,63	63,2

Quellen: Errechnet aus: State Statistical Bureau, People's Republic of China, Statistical Yearbook of China 1985; Chinesische Akademie der Wissenschaften, Geographisches Forschungsinstitut, Abteilung für Wirtschaftsgeographie (Hrsg.), Zhonguo nongye dili zonglun (Abriß der Agrargeographie Chinas), 1980.

ten ergibt sich, daß die Steigerung in der Getreideerzeugung auf eine starke Erhöhung der Anbauintensität zurückzuführen ist. Im Zeitraum 1979-85 stiegen die durchschnittlichen Hektarerträge in der Getreideproduktion von 2,56 t/ha auf 3,49 t/ha, d.h. um gut 36%. 1984 hatten sie bei rd. 3,6 t/ha gelegen.

Eine detaillierte Aufteilung der Provinzen nach Anbauintensität findet sich in der Tabelle "China - Grundanbaufläche (1978), Getreideerträge und Wertschöpfung je Fläche nach Provinzen 1984".

5. Naturgemäß drücken sich die landwirtschaftlichen Wachstumserfolge der letzten Jahre in einer verbesserten Einkommenslage der bäuerlichen Bevölkerung aus. Ein exakter Vergleich ist nicht möglich, weil die entsprechenden Statistiken parallel zur "Veränderung der Produktionsverhältnisse" umgestellt wurden. Bis 1980 wurde die Einkommensentwicklung im wesentlichen als "kollektives Einkommen pro Kopf der ländlichen Bevölkerung" gemessen. Mit der faktischen Auflösung der kollektiven Strukturen ist man zu einem Stichprobensy-

stem mit ausgewählten bäuerlichen Haushalten übergegangen. Ein gültiger Vergleich zwischen beiden Verfahren kann nicht vollzogen werden, aber für das Jahr 1980 existieren Angaben für beide Verfahren. So belief sich das kollektive Einkommen je Kopf der ländlichen Bevölkerung Chinas auf 170 Yuan und das durchschnittliche Einkommen je Kopf der Stichprobenhaushalte auf 191 Yuan (24). Bis 1985 war das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Kopf und Jahr der bäuerlichen Stichprobenhaushalte auf 397 Yuan angestiegen (25). Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Durchschnittseinkommen der Stichprobenhaushalte etwas höher lagen als die früheren kollektiven Einkommensangaben (Differenz 1980: gut 12%), kann man gegenüber den späten siebziger Jahren durchaus von einer Verdoppelung der Einkommen ausgehen. Die Verdoppelung ist zwar nominaler Art (Realeinkommensproblem!), aber die Differenz zwischen nominaler und realer Einkommenssteigerung scheint für die ländlichen Haushalte weniger gravierend zu sein als für die städtischen.

Im Vergleich zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung läßt sich summarisch feststellen, daß die Einkommensgefälle geschrumpft sind. Vergleicht man die offiziellen Einkommensangaben je Kopf und Jahr städtischer Arbeiter- und Angestelltenhaushalte von 439 Yuan 1980 und 690 Yuan 1985, so ergibt sich eine Gefälleenebnung von 2,3:1 auf 1,7:1. Tatsächlich jedoch sind die Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Einkommen wesentlich größer, da die angeführten Daten nur die "direkten" Einkommensverhältnisse widerspiegeln. Rechnet man die indirekten Einkommensanteile (Sozialleistungen) hinzu, die für Arbeiter und Angestellte im staatlichen Bereich durchaus die Höhe der direkten Einkommen erreichen, im ländlichen Bereich jedoch weniger als 10 Yuan je Kopf und Jahr ausmachen, so erweitern sich die tatsächlichen Einkommensdifferenzen auf rd. 3:1 im städtisch-ländlichen Durchschnitt. Das heißt, daß Berichte westlicher Medien und auch chinesischer Publikationsorgane, die die Einkommenserfolge einer kleinen bäuerlichen Minderheit ("neue Elemente", 10.000-

Yuan-Haushalte) in den Vordergrund gestellt haben, die Lebenswirklichkeit von mehr als neun Zehntel der bäuerlichen Bevölkerung nur verzerrt widerspiegeln. Diese Erkenntnis hat schließlich zum Verebben der entsprechenden Flut von Berichten innerhalb Chinas beigetragen. Eine "Teilwahrheit" enthielten diese Berichte insofern, als die bäuerlichen Einkommen im Umkreis der großen Städte und industriellen Zentren aufgrund der günstigen Vermarktungsmöglichkeiten überproportional gestiegen sind. Dieser "Augenschein" hat offensichtlich zum subjektiv verzerrten Bewußtsein vieler chinesischer Stadtbewohner beigetragen, daß die Einkommensverhältnisse sich insgesamt zugunsten der Bauern verschoben hätten. In der Tat jedoch handelt es sich um nicht mehr als das "Neidgefühl" derjenigen, deren gewaltiger Einkommensvorsprung etwas geschmolzen ist.

IV. Ablauf der Reformpolitik

Die politische Geschichte der chinesischen Landwirtschaft wurde bis Ende der siebziger Jahre von dauerhaften Kontroversen und Kampagnen um folgende grundlegende Probleme bestimmt (26).

1. Problem der Entscheidungsmacht verschiedener Kontrollebenen innerhalb der Landwirtschaft (drei Ebenen der Volkskommune); zu nennen sind hier vor allem die Auseinandersetzung darüber, wie der ländliche Wirtschaftsprozeß (Investitionen, Produktion, Verarbeitung, Absatz) zu lenken sei und welche Ebene die entsprechenden Entscheidungen zu treffen habe. Als Beispiele können die Einkommensaufteilung und der Arbeitseinsatz außerhalb der eigenen Basisseinheit genannt werden.

2. Problem der haushaltsbestimmten Neben- und Zusatzaktivitäten und deren Vermarktung (privater Wirtschaftsaspekt); beispielhaft für die extremen "antiprivaten" Tendenzen, die sich in diesem Teilbereich phasenweise ergaben, ist die Einführung der "kollektiven Senkgrube", d.h. Einschränkung der Verfügungsmöglichkeiten über die eigenen Exkremete.

3. Problem des Privatparzellenanteils zu haushaltseigener Verfügung; die betreffenden Anteile waren starken phasenweisen Schwankungen ausgesetzt. Formal existierte immer das Recht auf einen Anteil von 5% an der Gesamtfläche, aber die Tatsache, daß über lange Jahre hinweg ländliche "Modelleinheiten" u.a. danach beurteilt wurden, daß sie auf jede Privatparzellennutzung verzichteten, zeigt den großen politisch-psychologischen Druck gegen die faktische Inan-

spruchnahme solcher "Rechte".

Alle diese Bereiche standen dauerhaft in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung. Die Grenzen schwankten je nach der nationalen Produktions- und Versorgungslage. "Liberale" Phasen in der Handhabung dieser Probleme waren immer krisenerzwungen, so z.B. 1962-65 und auch 1978-79. War die Krisensituation bereinigt, kam es zu "puristischen" Pendelrückschlägen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der jetzige Reformprozeß in seinen Anfängen ein bewußt gestalteter Prozeß war oder ein "Umbruch", der sich aus dem notstandsbedingten Abbau der staatlichen Kontrollgewalt 1978/79 ergab. War ursprünglich nur ein bloßes "Krisenmanagement" vorgesehen und setzte sich nach den unerwartet großen Anfangserfolgen später die "normative Kraft des Faktischen" durch? Die Frage, ob bewußte Politik oder Vonselbständigung der Praxis läßt sich bis heute nicht mit endgültiger Gewißheit beantworten. Man könnte es sich bequem machen und behaupten, daß beides eine Rolle spielte. Tatsächlich lassen sich zwei unterschiedliche "Argumentationslinien" anhand der beiden Krisenprovinzen Sichuan und Anhui konstruieren.

"Anhui-Linie":

Es besteht weitgehende Einigkeit, daß die Anfänge dessen, was heute als Reformweg bezeichnet wird, 1978 in der Provinz Anhui lagen. Dort entließen sich die örtlichen Basisbürokratien wegen der katastrophalen Lage in weiten Teilen der Provinz selbst "aus der Verantwortung". Sie gaben schlichtweg auf und ließen einer "Rette sich wer kann"-Politik freien Lauf. Unter dem Stichwort "dangan" (Alleingang) wurden die Felder aufgeteilt, und jeder Haushalt versuchte für sich allein "über die Runden zu kommen". Das Beispiel machte bis 1979 für andere Notgebiete Chinas Schule.

Wiederholte zentrale Weisungen, Provinzirkulare, Staatsratsanordnungen usw. bis 1981 (also drei Jahre lang) deuten darauf hin, daß wenn nicht die Führung insgesamt, so doch beachtliche Teile um eine "Schadensbegrenzung" in der Erosion der politischen Kontrollgewalt bemüht waren. Aber nicht einmal die passive "Eindämmungspolitik" war erfolgreich. Ziele dieser Eindämmungspolitik waren u.a. Begrenzung der faktischen Entkollektivierung auf das ärmste Viertel der landwirtschaftlichen Einheiten und gewisse Liberalisierungszugstände (mehr Privatland, Privataktivitäten und Stärkung der

Entscheidungsrechte der untersten Einheiten gegenüber den höheren Einheiten innerhalb der Volkskommunen). Das alles könnte als eine (ungewollte) Rückzugspolitik ausgelegt werden, zumal sich deutliche Verzögerungen auf dem Weg zur heutigen Situation nachzeichnen lassen. Noch 1981 beklagten zahlreiche Berichte eine sog. "bu tong, bu guan, bu dong"-Mentalität (nicht durchlassen, sich nicht drum kümmern, nicht verstehen) vieler Basisbürokratien. Auch die entsprechenden Zahlen belegen den verzögerten Ablauf. Bis Mitte 1981 war die Vollform der neuen Einzelwirtschaft, die Haushaltsvertragsform (baogan daohu) nur bei 11% aller ländlichen Einheiten realisiert. Erst danach erfolgte der "Durchbruch" bis 1982 (70% aller ländlichen Haushalte). Heute praktizieren mehr als 90% der ländlichen Haushalte diese einzelwirtschaftliche Vollform. (27)

"Sichuan-Linie":

Anhand des Entwicklungsverlaufs in der Provinz Sichuan läßt sich argumentieren, daß die später als Reformkräfte bezeichneten Gruppierungen der Partei- und Staatsführung die gegenwärtige Ausgestaltung der Landwirtschaft zumindest vom Grundsatz her von Anfang an anstrebten. Aufgrund der ideologisch-politischen Tragweite und der interessenpolitischen Brisanz wäre jedoch eine derartig umfassende, "revolutionäre" (bzw. "konterrevolutionäre") Politik nicht in einem großen Entwurf durchsetzbar gewesen. Die Befürworter der umbruchhaften Veränderungen waren daher auf eine Schritt-für-Schritt-Taktik eingeeignet, in deren Verlauf sie auf das Gewicht des faktischen Erfolges hofften. Laut chinesischer Sprachformel handelte es sich um eine Politik, bei der man "den Fluß durchwatet, indem man Fuß für Fuß einen festen Stein auf dem Flußbett ertastet".

Es scheint sehr wohl möglich, daß die 100-Millionen-Provinz Sichuan für den "Großversuch" unter Leitung des heutigen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang u.a. deshalb ausgewählt wurde, weil dieses einstmalige "himmlische Land" (tianfu zhi guo) von den materiellen Voraussetzungen her als Demonstrationsmodell besonders geeignet war.

Welches waren die Grundzüge dieses Modells, die in der Folge auf den ländlichen Wirtschaftsprozeß Chinas insgesamt übertragen wurden? Zwei Stadien der Entwicklung (1979-84 und 1984-?) mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Problemen lassen sich erkennen.

Stadium 1979-84:

Es ist hier nicht der Ort, die Fülle

von Einzelmaßnahmen, Versuchen und Irrtümern im Verlauf der reformpolitischen Auseinandersetzungen nachzuvollziehen. (28) Es sollen lediglich zwei Hauptaspekte kurz skizziert werden.

1. Wie allgemein bekannt, entschloß sich die Wirtschaftsführung des Landes zu einer Politik der deutlichen Preiserhöhungen (staatliche Ankaufspreise) für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Insbesondere die Getreidepreise wurden unter anreiz- und einkommenspolitischen Gesichtspunkten um 20% (Sollgetreide) bzw. 70% (Übersollgetreide) erhöht. Auch für die technischen Kulturen wurde die Preisgestaltung in unterschiedlichem Ausmaß verbessert. Der "Produktionsantrieb" der neuen preispolitischen "Offensive" ist kaum zu überschätzen. Die (nicht vorhergesehenen) Folgen und Lasten, die sich für die nichtbäuerliche Konsumentenschaft und für den Staatshaushalt (Subventionsfalle) ergaben, werden später angesprochen. An dieser Stelle soll statt dessen (wiederum) eine reformkritische Argumentenreihe erwähnt werden, die im engen Zusammenhang mit der materiellen Erfolgswirtschaft der Reform und den (vermuteten) sozialen Ungleichheitstendenzen steht. Im Kontext der regionalwirtschaftlichen Wachstumsgefälle wurde bereits darauf verwiesen, daß entgegen einer häufig gehörten These nicht in erster Linie die reichen Provinzen, sondern die Provinzen der unteren und oberen Mittelschicht die Hauptwachstumsgeschwindigkeit zeigten. Hier tritt das Argument der Reformkritiker in verwandter Form wieder auf. Die Stimulierungsfunktion erhöhter staatlicher Ankaufspreise ist nach Ansicht der Kritiker nur für die reichen Agrargebiete von wirklichem Nutzen, weil diese allein echte Überschüsse produzieren. Die ärmeren "Selbstverbrauchsgebiete" bleiben wegen ihres subsistenzwirtschaftlichen Niveaus von der Anreizpolitik weitgehend unberührt.

Auch dieses Argument ist verzerrt. Zwar läßt es sich nicht leugnen, daß die leistungsstärkeren Regionen unter Einkommensgesichtspunkten (absolute Größenordnung des verfügbaren Einkommens) deutlich begünstigt waren (und sind), aber im Hinblick auf die für die Zukunft wichtigen "Wachstumsimpulse" (relative Einkommenssteigerung) zeigten die Gebiete mittlerer Leistungsfähigkeit die größte Wirkung. Richtig ist die Kritik nur insofern, als die armen Rückstandsgebiete in der Tat verhältnismäßig wenig profitierten. Die Ursachen liegen jedoch nicht in erster Linie dort, wo die Kritiker sie vermuteten (niedrige Getreideproduktion). Vielmehr be-

einträchtigte die mangelnde Kaufkraft der betroffenen ländlichen Bevölkerungen die Herausbildung von Märkten für Nebenerzeugnisse der Landwirtschaft. Aus diesem Bereich resultiert vor allem der überproportionale Produktions- und Einkommenszuwachs der mittleren Ebenen. In den agrarischen Spitzengebieten richtet sich die Kaufkraft z.Zt. zunehmend auf industrielle Konsumgüter. Landwirtschaftliche Nebenerzeugnisse verlieren in diesen Regionen relativ an Bedeutung. Das heißt, es lassen sich dort erste Verflechtungseffekte zwischen den ländlichen und städtischen Sektoren der Volkswirtschaft registrieren.

2. Der zweite Hauptaspekt des ersten Reformstadiums, auf den hier verwiesen werden soll, hängt eng mit der allmählichen Herausbildung der einzelwirtschaftlichen "Verantwortungssysteme" (mehr Produzentenrechte, weniger überbetriebliche Kontrolle) zusammen. Die Geschichte der zahlreichen "experimentellen Misch- und Sonderformen" je nach Teilbereich der ländlichen Produktion und nach örtlichen Gegebenheiten (einschließlich politischer Faktoren) darf als bekannt vorausgesetzt werden. Während der Anfangsjahre wurde bei all diesen Neuverfahren die kollektive Rahmenkontrolle immer noch als *conditio sine qua non* angesehen, aber nach knapp drei Jahren interessenpolitisch gebremster Reformen breitete sich - wie bereits erwähnt - das einzelwirtschaftliche Vollsystem Mitte 1981 bis Mitte 1982 lawinenartig aus.

Im Hinblick auf die vorgegebene Zielsetzung und die Mittel, die der Reformpolitik praktisch zur Verfügung standen, war die Durchsetzung des "baogan daohu"-Verfahrens (Vertragshaushalt) konsequent. Nach wirtschaftlichen Leistungskriterien gemessen erscheint die Vertragshaushaltsform gegenwärtig als das Optimalsystem. Der Haushalt ist für seine eigene Gewinn-Verlust-Rechnung allein "verantwortlich", d.h., das Verfügungsrecht über das Anlagevermögen einschließlich des Bodens (einschränkende Ausnahme: Teilrecht der Veräußerung) liegt beim Haushalt. Gleiches gilt für das Recht der Einkommensverwendung und der Kontrolle über den Produktionsprozeß. Die Vorteile gegenüber den vielen Mischformen liegen zum einen in der Senkung der sog. "Transaktionskosten" (überbetriebliche Überwachung, Arbeitskontrolle, Einkommensverrechnung usw.) und zum anderen im direkten Bezug von Arbeitseinsatz und wirtschaftlichem Erfolg (Aufhebung aller indirekten Gewinnverteilungsverfahren). Vereinfacht gesagt stellt die Vollform der vertragshaushaltli-

chen Produktion eine moderne Variante des traditionellen Staatspachtsystems mit längeren Pachtzeiträumen dar. Über dieses System - Bezeichnung "guantian", d.h. Beamten- bzw. Administrationsdomänen - hatte der kaiserliche Staat als Grundherr einen Großteil seiner Eigenversorgung sichergestellt. Hinzu kam die "normale" Steuergetreideerhebung.

Das erste Stadium geht ab 1984 in das zweite Stadium, die eigentliche Reformstufe, über. Im entscheidenden Unterschied zu früheren ländlichen Liberalisierungsphasen wurden erstmals mit Beendigung des Notstandes die Liberalisierungsmaßnahmen nicht rückgängig gemacht, sondern systematisch ausgedehnt. (29)

1. Die Pachtzeiträume für die Vertragshaushalte wurden von Anfangs drei bis fünf Jahre auf 15 Jahre verlängert. Für Produktionsbereiche, die lange Anlaufzeiten der Produktion beanspruchten (u.a. Forstwirtschaft, Fischerei, Obstplantagen usw.), sind Zeiträume von dreißig Jahren und mehr (einschließlich des Vererbungsrechts) zugestanden worden.

2. Die einzelwirtschaftliche Produktionsweise wird nach und nach auf alle Bereiche des ländlichen Wirtschaftens, einschließlich der Verarbeitung der agrarischen Erzeugnisse, ihrer Vermarktung und der betrieblichen Investitionstätigkeit, ausgedehnt. Beispielhaft hierfür ist u.a. die "Gründerwelle" von Einzelunternehmen und sog. Spezialhaushalten.

3. Es wird ein systematischer Rückzug des Staates aus der ländlichen Wirtschaft sichtbar. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem der Verzicht auf das "einheitliche Aufkaufs- und Vertriebsmonopol", das seit 1953 Kernstück und zentrales Instrument der staatlichen Kontroll- und Verfügungsgewalt über die Landwirtschaft war.

Bis Ende der siebziger Jahre dienten gut vier Fünftel der nationalen Getreideernte regelmäßig dem ländlichen Eigenverbrauch. Die restlichen 15-20% unterlagen der staatlichen Monopolkontrolle. Es existierte praktisch kein Getreidemarkt. Zwar lockerte sich die strikte Kontrollpolitik im Zeitraum 1979-84. Eine absolute Lieferpflicht der bäuerlichen Produzenten bestand nur für das (nach Größenordnungen von 1979) fixierte Sollgetreide. Das "normale" Übersollgetreide wurde zu den bereits erwähnten Vorzugspreisen aufgekauft. Als dritte Kategorie kam jedoch das "Über-Übersollgetreide" hinzu, das die bäuerlichen Produzenten selbstän-

dig vermarkten konnten. Aufgrund der großen Produktionserfolge kam es auf den Märkten bald zu (nicht erwarteten) Saturierungserscheinungen. Die Marktpreise fielen z.T. unter das Preisniveau der staatlich garantierten Übersollpreise. Eines der Ergebnisse dieser Entwicklung war, daß der vom Staat aufgekaufte Getreideanteil von 1978 gut 60 Mio.t (20% der Gesamternte) auf 1984 gut 140 Mio.t (35% der Gesamternte) stieg. Es kam zu der (auch in Osteuropa bekannten) Subventionsspirale. Der Erfolg wurde zur Last des Staatshaushaltes. 1985 entschloß sich die Wirtschaftsführung daher, das staatliche Getreidemonopol aufzugeben. Die Kehrseite dieses Monopols, die Pflicht des Staates zum Aufkauf des Getreides, überwog den Nutzen, das Recht zum Aufkauf. Die neue, seit dem Vorjahr praktizierte Regelung entspricht ihrem Wesen nach einer "passiven Aufkaufspolitik". Sieht man von allen Detailbestimmungen ab, so handelt es sich um eine konventionelle Mindestpreispolitik, wobei die staatliche Ankaufsgarantie z.Z. auf rd. 75 Mio.t beschränkt ist (30). 30% dieser Menge werden zum Sollpreis und 70% zum Übersollpreis angekauft. Da letzterer um 50% über ersterem liegt, ist der garantierte Vorzugspreis für die gesamte Ankaufsmenge also um 35% höher als der staatliche Sollpreis. Die große Restmenge, die nicht dem bäuerlichen Eigenverbrauch dient, stellt Marktgetreide im wahrsten Sinne des Wortes dar. Sie muß durch die bäuerlichen Produzenten selbst vermarktet werden. Je nach Ernteleistung dürfte das jährliche Volumen dieser Marktgetreidemenge auf 40 bis 70 Mio.t zu schätzen sein. Elemente einer agrarischen Subventionspolitik bleiben insofern erhalten, als sich der Staat auch in Zukunft zu Stabilisierungsaufkäufen verpflichtet, falls die Marktgetreidepreise unter das Niveau des einfachen Sollgetreidepreises absinken. Das ist der heutige Stand.

V.

Ausblick und mögliche Zukunftsprobleme

Der Rückzug des Staates aus der Landwirtschaft ist indirekt kennzeichnend für eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen "Neuproblemen", die sich, wie bereits angedeutet, ihrer Natur nach als Probleme des Erfolges charakterisieren lassen.

Unter den wirtschaftlichen Problemen (mit entsprechenden sozialen Implikationen) sind vor allem die folgenden zu erwähnen:

1. Subventionsproblematik; sie hat sowohl "technische" Problemaspekte (verzerrte Preisstrukturen) als auch interessenpolitische (Besitzstandswahrung). Die Subventions-

last im Staatshaushalt war während der frühen achtziger Jahre schubartig gestiegen. Bis 1984 beanspruchten die Subventionen einen Haushaltsanteil von deutlich über 30%. Letzterer übertraf damit den Anteil der über den Staatshaushalt getätigten Investitionen. Die Problematik wurde innerhalb der politischen und wissenschaftlichen Fachkreise Chinas mit zunehmender Besorgnis diskutiert. Wiederholt wurde auf das warnende Beispiel Polens verwiesen und eine mittelfristige Reduzierung der Subventionslast auf einen Anteil von 10% am Staatshaushalt gefordert. (31) Anders gesagt, wenn es eines der Hauptziele des ländlichen Reformkurses war, den Staat gegenüber dem großen Problemfeld der ländlichen Entwicklung zu entlasten, um eine Konzentration der Mittel auf die moderne Volkswirtschaft zu ermöglichen, so ist das direkt (materielle Produktion) zwar gelungen, indirekt aber ist das Problem als "Subventionsfalle" (auf der städtisch-staatlichen Seite) wieder aufgetaucht. Es bleibt abzuwarten, ob die 1985 beschlossenen Schritte zur Lösung dieser Problematik ausreichend sind. Langfristig bestehen nur dann realistische Erfolgsaussichten, wenn die Entwicklung der modernen Volkswirtschaft wesentlich dynamischer verläuft als bisher. Um die grundlegenden strukturellen Preisadjustierungen (insbesondere im Konsumgüterbereich) erfolgreich durchführen zu können, bildet eine kontinuierliche starke Erhöhung des industriellen Produktivitätsniveaus die wesentliche Voraussetzung. Hohe Nominaleinkommenssteigerungen sind unter dem Gesichtspunkt "politisch-sozialer Verträglichkeit" die Vorbedingung für die unerläßlichen Preiserhöhungen. Wie die oben erwähnten Warnungen vor dem Beispiel Polens zeigen, ist sich die Führung des Landes des politischen Risikos bewußt, das mit sinkenden städtischen Realeinkommen verbunden sein kann.

2. Mit der Subventions- und Preisproblematik hängt indirekt auch die Frage nach der Diversifizierung, d.h. nach der deutlichen Verbreiterung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur und ihrer Anpassung an die Bedarfsstruktur Chinas zusammen. Rein technisch gesehen geht es auch hier um das negative Wirken verzerrter Preisstrukturen. In der Vergangenheit war die Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion durch den übergeordneten Zwang zur Sicherstellung der Getreidegrundversorgung begrenzt. Die Sicherung der Getreideerzeugung wurde weitgehend durch imperative Planung und Kontrolle gewährleistet. Dieser Ausweg steht in Zukunft nicht mehr offen;

es sei denn, der Reformkurs würde insgesamt aufgegeben. D.h., daß das weitere getreidewirtschaftliche Wachstum vorrangig über den Einsatz wirtschaftlicher Hebel, insbesondere durch Preisanreize stimuliert werden muß.

Das Dilemma einer stärkeren Anreizpolitik für die Getreidewirtschaft liegt darin, daß einerseits wesentliche Hemmfaktoren für weitere Preiserhöhungen (staatliche Subventionslast, politische Schwierigkeiten in der Erhöhung der städtischen Verkaufspreise) existieren. Andererseits aber ist das gegenwärtige Niveau der Getreidepreise im Verhältnis zu den Preisen für die wichtigen technischen Kulturen (Baumwolle, Zucker, Jute, Flachs, Tabak usw.) eindeutig zu niedrig. So lag das aus einem Hektar Getreide erzielte durchschnittliche Einkommen zu Beginn der 80er Jahre bei nur 505 Yuan. Das aus einem Hektar technischer Kulturen erzielte Einkommen hingegen belief sich auf knapp 1870 Yuan. (32) Das entsprechende Einkommensgefälle betrug 3,7:1. Unter solchen Voraussetzungen dürfte die 1985 deutlich sichtbar gewordene Tendenz zur Verringerung des Getreideanbaus nur schwer zu bremsen sein. Um dieses Gefälle auszugleichen, müßten die Getreidepreise gegenüber den bisherigen Übersollpreisen um weitere 30 - 50% steigen. Das ist nur unter zwei Voraussetzungen denkbar.

Zum einen müssen, wie bereits erwähnt, die städtischen Einkommen erheblich steigen, um entsprechenden Anhebungen der städtischen Verkaufspreise die soziale Brisanz zu nehmen. Diese Möglichkeit wiederum läßt sich, wie ebenfalls bereits erwähnt, nur unter dem Proviso realisieren, daß sich in der modernen Volkswirtschaft, insbesondere in der staatlichen Industrie, gewaltige Produktivitätsentwicklungen vollziehen. Letztere sind bisher nicht erkennbar.

Zum anderen ist der gegenwärtige getreidewirtschaftliche Leistungsstand für reine Versorgungszwecke der Bevölkerung bereits ausreichend. Höhere Preise lassen sich auf dem Markt kaum durchsetzen. Zugleich jedoch gehen Schätzungen der chinesischen Wirtschaftsführung davon aus, daß bei einem höheren volkswirtschaftlichen Entwicklungsstand ein Nachfragepotential für Getreide von mehr als 600 Mio.t bestehen werde. D.h., bei entsprechender Entwicklung der Volkswirtschaft ist die Möglichkeit deutlicher Preisanhebungen durchaus gegeben. Zuvor müßte jedoch eine entsprechende verarbeitende Industrie aufgebaut werden. (33) Dies ist eine Frage der Investitionspolitik und letzten Endes der

bekanntem gegensätzlichen Konstellation zwischen leichtindustriellen und schwerindustriellen Interessen.

3. Problem des wachsenden landwirtschaftlichen Investitionsbedarfs; während der 70er Jahre lag der Anteil der in der Landwirtschaft getätigten Investitionen an der gesamten staatlichen Investitionstätigkeit im Durchschnitt bei rd. 10% (1979 11,1%). Anschließend war jedoch infolge der Reform und des Rückzugs des Staates aus der Landwirtschaft ein erneuter (deutlicher) Rückgang zu verzeichnen. Im Zeitraum 1980-84 lag der agrarische Anteil an der gesamten staatlichen Investitionstätigkeit bei durchschnittlich rd. 6% (1984 5,0%). Absolut sank das Volumen von 1979 5,81 Mrd. Yuan auf 1984 3,72 Mrd. (34). Andererseits zeigen vor allem die agrarischen Spitzengebiete seit Jahren einen Trend zu einer zunehmenden Öffnung der "Schere" zwischen Produktionskostenzuwachs und Ertragssteigerungen. D.h., daß die Investitionsanforderungen für weitere Produktionssteigerungen der Landwirtschaft überproportional wachsen. Ferner stellte die direkte Investitionstätigkeit des Staates in der Landwirtschaft in der Vergangenheit nur ein Zusatzelement dar. Die Hauptinvestitionslast trugen die ländlichen Kollektiveinheiten selbst. Zu erwähnen ist hier vor allem die große Rolle der "Halbzwangsarbeit", die in Form von ständig neuen Kampagnen ablief. Die durchschnittliche Belastung je Mann und Jahr läßt sich auf rd. 20 Tage schätzen. Bei über 250 Millionen ländlichen Arbeitskräften ergibt sich eine jährliche Arbeitsstundenzahl von über 5 Milliarden. Diese spezielle Form der "Investitionstätigkeit" muß in Zukunft in der einen oder anderen Weise durch voll bezahlte Arbeitskraft ersetzt werden. Eine weitere Investitionsquelle der Vergangenheit waren die Zwangsabführungen von Mitteln an die kollektiven Investitionsfonds der örtlichen Einheiten. Diese Fonds haben mit Auflösung der kollektiven Kontrollgewalt deutliche "Erosionserscheinungen" gezeigt. Massenarbeitseinsatz und kollektive Investitionsfonds bildeten in der Vergangenheit das (kostengünstige) Plateau der großen ländlichen Infrastrukturleistungen (und Fehlleistungen). Eine negative Entwicklung für die großen Langzeitinvestitionen kann nur dann verhindert werden, wenn der Staat seine "Politik des Rückzugs" aufgibt oder zumindest modifiziert. Die politisch-psychologischen Widerstände gegen eine solche elementare Lastenübernahme brauchen hier nicht erneut angeführt zu werden. Ansätze zu einer langfristig kritischen Situation lassen sich bereits

jetzt feststellen. So sind die kurzzeitig wirksam werdenden Investitionen, insbesondere der Einsatz von industriellen Produktionsmitteln, seit Ende der 70er Jahre um rd. 80% gestiegen. Die Investitionen für landwirtschaftliches Großgerät (Ausnahme: Handtraktoren) und die Investitionen in die großen Bewässerungssysteme bzw. -maschinerie hingegen stagnieren. Es wäre verfrüht, bereits jetzt von einem eindeutigen Wirtschaften mit der Substanz zu sprechen, aber in Zukunft werden wesentliche höhere Leistungen des Staates für die Aufrechterhaltung der "Rückgratstrukturen" der Landwirtschaft erforderlich sein.

Soziale Problemansätze:

Die oben abgehandelten wirtschaftlichen Probleme können rein "technisch" bzw. "ökonomisch" betrachtet werden, aber die jeweiligen Lösungen, die für diese Probleme gefunden werden müssen, werden tief in das soziale Gefüge des Landes einwirken und die Stabilität der chinesischen Gesellschaft berühren. Vereinfacht gesagt befindet sich das ländliche China in einem "Übergang", von dem z.Z. niemand definitiv voraussagen kann, wohin er führen wird. Es können lediglich einige wichtige Aspekte angedeutet werden.

1. Problem der sozialen Gleichheit (vor Ort); eine wachsende soziale Ungleichheit und eine mögliche Marginalisierung größerer Teile der ländlichen Bevölkerung werden häufig als zumindest potentiell negative Phänomene für Chinas dörfliche Welt genannt. Ist letztere tatsächlich auf dem Weg zu einer "Welt der Starken" (Herrschaft der 10.000-Yuan-Haushalte usw.)? Repräsentative Einkommensentwicklungsuntersuchungen sind bisher nicht veröffentlicht worden, aber eine Reihe von Einzelergebnissen deutet darauf hin, daß sich bis jetzt kein klarer Trend zu wachsender Einkommensungleichheit zwischen größeren Segmenten der Dorfbevölkerungen herauskristallisiert hat. Eher lassen sich Beispiele für eine gegenteilige Situation finden. So belief sich die Differenz zwischen Minimal- und Maximaleinkommen je Kopf der ärmsten und reichsten Haushalte für einen Untersuchungsfall in der Provinz Anhui 1978 auf 5,3:1 (Durchschnitt: 116 Yuan). Diese Differenz verringerte sich im Laufe der folgenden Jahre auf 3,4:1 (Durchschnitt: 545 Yuan). Andere Einzelbeispiele zeigen vergleichbare Ergebnisse. (35)

Diese Einzelergebnisse sind auf den ersten Blick überraschend, leuchten letztlich dennoch ein. Die Verteilung des zuvor kollektiv bearbeiteten Bodens und der entspre-

chenden Arbeitsgeräte erfolgte bis 1982 zwangsläufig weitgehend "egalitär", d.h. nach Personenzahl je Haushalt. Es soll nicht bestritten werden, daß es negative Ausnahmefälle gegeben hat. Darauf deuten auch zu Beginn der 80er Jahre in der chinesischen Presse veröffentlichte Berichte über Machtmißbrauch örtlicher Kader bei der Verteilung des Bodens hin. Aber insgesamt mußte es geradezu zwangsläufig zu einer "Verteilungsegalität" (nach Personenzahl der Haushalte) kommen; denn angesichts der extrem ungünstigen Mensch-Boden-Relationen Chinas mußte im Grundsatz aus "Überlebensgründen" nach Personenzahl verteilt werden, ganz zu schweigen von der Gefahr sozialer Unruhen bei anders gestaltetem Vorgehen. D.h., daß die Voraussetzungen der Produktion im großen und ganzen denen ähnlich sind, die sich in anderen Ländern nach Abschluß einer Landreform bieten. Ferner wurden die ländlichen Nebenerwerbsmöglichkeiten deutlich besser. Haushalte mit vielen Arbeitskräften hatten daher die Möglichkeit, das eigene Einkommen per Lohnarbeit für Haushalte mit wenigen Köpfen zu erhöhen. Umgekehrt ergab sich für Haushalte mit wenigen Kräften die Möglichkeit, einen Teil des Bodens personenstarken Haushalten gegen einen "Getreidezins" zu überlassen. (36) Der stark gestiegene ländliche Markthandel eröffnete ferner die Möglichkeit besserer Zusatzeinkommen durch eine entsprechende Nebenerwerbstätigkeit für Haushalte mit vielen Köpfen.

Es muß jedoch eingeräumt werden, daß es sich bei diesen Darlegungen um eine "statische Betrachtung" der Problematik handelt. Unter dynamischen Gesichtspunkten dürfte die Situation anders aussehen; denn selbst wenn die Einkommensunterschiede für größere Gruppen (von Einzelfällen nach oben und unten abgesehen) gegenwärtig immer noch relativ gering sind, so ermöglichen sie doch eine nach Haushalten unterschiedliche Spartätigkeit. Die unterschiedliche Ersparnis stellt letzten Endes eine unterschiedliche Kapitalansammlung dar, wobei der (politisch erlaubte) Einsatz des Kapitals in Produktionsvermögen aller Art längerfristig mit Sicherheit zu entsprechenden Einkommenserweiterungen führt. Es wird also wesentlich auf die politische Grenzziehung durch den Staat ankommen, um das Konfliktfeld wirtschaftlicher und politisch-sozialer Anforderungen unter Kontrolle zu halten.

2. "Neue konfuzianische Allianz": Mit diesem Schlagwort lassen sich erste Ansätze eines Phänomens kennzeichnen, das für künftige politisch-soziale Verschiebungen im

ländlichen China bedeutsam werden kann. Zwei Bemerkungen erscheinen zur Charakterisierung angebracht. Einerseits ist oft behauptet worden (korrekterweise), daß der neue Landwirtschaftskurs gegen den inhaltlichen Widerstand großer Teile der ländlichen Basisbürokratie und deren Interessenbestand durchgesetzt worden ist. Die Kontrolle der "Gleichheit" hatte der ländlichen Basisbürokratie ihren materiellen und sozialen Privilegiertenstatus gesichert. Das mögliche Aufkommen einer rivalisierenden Elite, deren Status sich durch private wirtschaftliche Initiative legitimiert, wurde mit Sicherheit als Bedrohung empfunden. Aber wie oft in der Geschichte scheinen sich (zumindest vom Ansatz her) zwei entgegengesetzte Tendenzen nicht zu "verstärken", sondern eher zu einer neuen Tendenz zusammenzufließen. So sind in der Wirklichkeit des ländlichen China zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen die sogenannten "Neuen Elemente" und Teile der alten Kaderschaft zu einer unerwarteten "Interesseneinheit" gefunden haben. (37) Auf der einen Seite werden materielle Beiträge (Schenkungen usw.) in die Verbindung eingebracht, auf der anderen "politische Beziehungen". Es wäre verfrüht, von den ersten Ansätzen her auf eine allgemeine Verfestigung dieser "antagonistischen Kooperation" zu schließen. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß es sich um "Keime" einer Allianz handeln könnte, die in China historisch durchaus "bewährt" scheint. Mehr als 1200 Jahre lang bestand das Verhältnis zwischen konfuzianischen Staatsbeamten der untersten Ebene und der sogenannten örtlichen Gentry aus einem Beziehungsgeflecht, das auf den jeweiligen wirtschaftlichen bzw. politischen Beiträgen beruhte. Sollte sich die neue (Fehl-)Entwicklung tatsächlich verfestigen, dann müßte mit einem starken "Anti-Egalitätsinteresse" im ländlichen China gerechnet werden. Die kulturrevolutionäre Angst vor der "Ungleichheit" würde dann endgültig der Angst vor der "Armut" weichen.

3. Ländlich-städtisches Mobilitätsproblem; eine der Begleiterscheinungen der ländlichen Reformentwicklung ist ein zunehmender Wanderungsdruck auf die Städte des Landes. In der Tat kann man davon sprechen, daß während der letzten Jahre ein "Abbau der großen Mauer" der Immobilität zwischen Stadt und Land begonnen hat. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die 1979/83 eingeleitete Politik der Ermutigung der Bauern, von der landwirtschaftlichen Produktion im engeren Sinne so weit als möglich auf andere Beschäftigungen im ländlichen Raum "umzusteigen". Im Hintergrund dieser Politik steht

das für China ebenso wie für andere Entwicklungsländer gültige Dilemma zwischen Ernährungs- und Beschäftigungsproblematik. Zur Lösung der Ernährungsproblematik ist die Modernisierung der Landwirtschaft unerlässlich. Der Produktivitätssteigerungszwang führt zwangsläufig zur Erhöhung der Unterbeschäftigung, die nach chinesischen Schätzungen gegenwärtig bereits bei 30-40% der ländlichen Arbeitskraft liegt. Anders gesagt, die Lösung des Ernährungsproblems vergrößert das Beschäftigungsproblem. Nimmt man chinesische Erklärungen, nach denen die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft langfristig auf 100 Millionen sinken soll, zum Maßstab, so beläuft sich das zu erwartende Beschäftigungsproblem rein zahlenmäßig auf mindestens 200 Millionen.

Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur waren 1985 insgesamt 370 Millionen Arbeitskräfte als Bauern, d.h. als Kräfte im ländlichen Wirtschaftsbe- reich registriert, von denen 18% (rd. 67 Mio.) außerhalb der Landwirtschaft arbeiteten. 1980 hatte der Anteil nur bei 10% gelegen. Während der letzten fünf Jahre sind also für rd. 30 Millionen ländliche Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden worden. (38) Das ist sicherlich ein beachtlicher Erfolg, aber im Hinblick auf die Gesamtzahl von mehr als 200 Millionen nur ein bescheidener Anfang.

Das wichtigste "Auffangbecken" im Rahmen der erweiterten agrarischen Beschäftigungspolitik ist der neue Wachstumsbereich des ländlichen produzierenden Gewerbes, dessen Kernbereich vor allem von den früheren Volkskommunen- und Produktionsbrigadebetrieben (she-dui qiye) gebildet wird. Seit 1984 ist die Bezeichnung allgemein in "Land- und Stadtgemeindebetriebe" (xiangzhen qiye) umbenannt worden, um den großen Veränderungen gegenüber den siebziger Jahren Ausdruck zu verleihen. Der forcierte Ausbau dieser Betriebe ist eines der wesentlichen Ziele des laufenden Fünfjahresplans 1986-90. 1976 existierten insgesamt gut 1,1 Mio. örtlicher Kleinindustriebetriebe (sogenannte "fünf kleine Industrien"). Sie beschäftigten rd. 17,9 Mio. Arbeitskräfte und erreichten einen Umsatz von 22,7 Mrd. Yuan (Gewinn 7,8 Mrd.). Bis 1979 war die Betriebszahl auf 1,48 Mio. gestiegen und die der Beschäftigten auf rd. 29 Mio. Der Umsatz belief sich auf 49,1 Mrd. Yuan (Gewinn 10,04 Mrd.). (39) 1980 leitete die nationale Wirtschaftsführung im Rahmen der allgemeinen "Konsolidierungspolitik" eine "Straffungsphase" der ländlichen

Kleinindustrien ein, in deren Verlauf es zu Schließungen, Zusammenlegungen und Produktionsumstellungen größeren Ausmaßes kam. Aufgrund dieser Reorganisationsmaßnahmen stieg die Zahl der Betriebe bis Ende 1983 leicht rückläufig (1,34 Mio.). Der Umsatz jedoch erreichte mit 92,8 Mrd. Yuan beinahe eine Verdoppelung.

In der zweiten Phase seit 1984 kam es dann erneut zu einer regelrechten "Betriebsgründungsexplosion". Bis Ende 1985 wuchs die Zahl der neuen xiangzhen-Betriebe auf knapp 10,1 Mio. an. Die Beschäftigtenzahl stieg auf 64,2 Mio. Der Bruttoproduktionswert aller Unternehmen erreichte 248,1 Mrd. Yuan. Sein Anteil am kombinierten Bruttoproduktionswert der Industrie und Landwirtschaft ganz Chinas machte rd. 20% aus. (40)

Die Bereiche, in denen die xiangzhen-Unternehmen gegenwärtig tätig sind, erstrecken sich von agrarischen Spezialleistungen (Tee-, Obst-, Heilkräuteranbau, Viehzucht, Aquakultur usw.) über Nahrungsmittelverarbeitung, Werkzeug- und andere handwerklich-kleinindustrielle Fertigung, Baumaterialproduktion, örtliche Rohstoffnutzung, Transportgewerbe und Handel bis zum Restaurantgewerbe und anderen Dienstleistungen.

Die Betriebsleitungsformen sind ebenso vielfältig. Sie reichen von der reinen Alleinverwaltung der Betriebe durch die entsprechenden xiang- und zhen-Behörden über Mischformen der xiang- bzw. zhen-Behörden mit dem "Staat" (normalerweise Kreisebene) oder auch mit privaten Haushalten bis hin zur Leitung durch einzelne oder mehrere "Spezialhaushalte".

Spätestens Mitte 1985 wurden die für "boom-Phasen" in aller Welt typischen Fehlentwicklungen unübersehbar. Ein großer Teil der neuen xiangzhen-Betriebe produzierte, vereinfacht gesagt, nicht bedarfsgerecht. Die Hoffnung auf rasche Gewinne hatte an vielen Orten zu unrealistischen Einschätzungen der Produktions- und Absatzmöglichkeiten geführt. Unter dem Motto "Mehr Augenmaß" mußte - wie schon 1980 - erneut eine "Bremspolitik" eingeleitet werden. (41) Dennoch deutet zur Zeit alles darauf hin, daß an der Rolle der xiangzhen-Betriebe als "Motoren des ländlichen Wachstums" grundsätzlich festgehalten werden soll.

Die wachsende soziale Mobilität ist eine der untrennbaren Folgen der Freisetzung der ländlichen Wirtschaft von staatlicher Kontrolle, ihrer Diversifizierung, Marktorientierung und Verflechtung mit

den Städten. Die Anti-Mobilitätspolitik der chinesischen Führung kann unter diesen Umständen nicht mehr als eine passive Eindämmungspolitik sein. Seit 1984 ist kommerziell und unternehmerisch tätigen Bauern der Zuzug zu Städten bis zu 500.000 Einwohnern erlaubt. Ist jedoch die Mobilitätskontrolle erst einmal geschwächt, dann sind Wanderungen größeren Ausmaßes angesichts des "Sogeffektes" der Städte nur noch schwer in Grenzen zu halten. Das entwicklungspolitische Ziel, kleinere Städte bis zu 200.000 Einwohnern zu Zentren neuer ländlicher Entwicklungen zu machen, kann in diesem Zusammenhang als ein Kompromißziel bewertet werden. Ob diese entwicklungspolitischen Absichtserklärungen ausreichend sind, um die wachsenden Abwanderungserscheinungen zu bewältigen, erscheint zweifelhaft. Gewisse positive Aussichten bestehen im Fall der sogenannten mittleren Städte (200-500.000 Einwohner), deren Gesamtzahl sich z.Z. auf rd. 200 beläuft. (42) Bei ihnen handelt es sich zumeist um historisch gewachsene Bezirkshauptstädte, d.h. sie verfügen über traditionelle Bindungen zum Umland, die nur vorübergehend unterbrochen waren. In der Regel können sie daher als "Kristallisationskerne" ländlich-regionaler Entwicklung, Wachstumszentren und "Auffangreservoir" für ländliche Abwanderer dienen.

Nebenbei sei bemerkt, daß die Abwanderung aus rückständigen Gebieten zu deren "passiver Sanierung" positiv beitragen kann. Es war nicht zuletzt die weitgehende Mobilitätsverhinderung, die den Anstieg der Armut in den großen Rückstandsgebieten beschleunigte, da sie eine Senkung der Bevölkerung per Abwanderung in die leistungsstarken Gebiete ausschloß. Daß die Betroffenen ein "Randleben" in den letzteren bevorzugen, darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die ländlichen Zuwanderer im städtischen Bereich jede Tätigkeit akzeptieren. So arbeiten z.Z. über 10.000 bäuerliche Kindermädchen allein in den "Oberklassenhaushalten" der Hauptstadt Beijing. Der Anteil ehemals bäuerlicher Arbeitskräfte im städtischen Dienstgewerbe ist von 1978 bis 1985 von 18% auf 39% gestiegen. (43) In umgekehrter Richtung wird es angesichts der extremen Abneigung der städtischen Bevölkerung Chinas gegen jedes ländliche Engagement zunehmend schwerer, den benötigten Sachverstand "aufs Land zu bekommen". Von den 330.000 ausgebildeten Agrarfachleuten Chinas waren 1985 nur 12% auf dem Lande selbst tätig. Ein weiteres Indiz ergibt sich aus Umfrageergebnissen städtischer Oberschüler hinsichtlich ihrer beruflichen Wunschkategorien.

Unter sieben aufgeführten Berufskategorien ergab sich folgende Reihenfolge: Wissenschaftler, Techniker, Industriearbeiter, Lehrer (!), Soldat, Dienstgewerbe, Bauer. (44) Die berufliche Stellung des Lehrers wird vor allem wegen zweier Aspekte gering eingeschätzt. Zum einen besteht ein großer Bedarf an Lehrkräften in ländlichen Gebieten, während die wenigen städtischen "Vorzugsstellen" besetzt sind. Lehrer zu werden bedeutet daher in den meisten Fällen, sich selbst aufs Land zu "verbannen". Zum anderen ist das Einkommen ländlicher Lehrkräfte mit monatlich 20-30 Yuan extrem niedrig. Es entspricht in etwa einem Drittel bis Viertel des staatlichen Industriearbeiters. So verwundert es nicht, wenn seit einiger Zeit in den chinesischen Medien über eine zunehmende Tendenz zum Berufswechsel ländlicher Lehrkräfte geklagt wird.

4. Städtische Unzufriedenheit; es wurde bereits erwähnt, daß die Unzufriedenheitsäußerungen weiter Teile der städtischen Bevölkerung Chinas gegenüber der vermeintlichen Bevorzugung der bäuerlichen Bevölkerung durch die Tatsachen kaum gerechtfertigt sind. Die Unzufriedenheit ist deswegen jedoch nicht weniger real. Für die Zukunft sind folgende problematische Aspekte zu beachten.

Das Ziel der Agrarreform, die Lösung der ländlichen Wirtschaftsproblematik, kann nicht ohne substanzielle Beiträge der städtischen Bevölkerung gelöst werden. D.h., daß mittel- bis langfristig allgemeine deutliche Preiserhöhungen ("Leben mit der Inflation") in den Städten akzeptiert werden müssen. Wirtschaftlich ist das nur durch deutliche Leistungssteigerungen der Industrie möglich. Psychologisch ist das Problem nicht auszuräumen. Darauf deutet auch ein vor Jahren unter chinesischen Reformkritikern aufgekommener Slogan hin: Maos niedrige Einkommen waren besser als Dengs hohe Preise. Vergessen wird dabei, daß die Preise in den Städten früher nur deshalb niedrig waren, weil die Bauern dafür hungerten.

Der soziale und wirtschaftliche Erfolgsneid drückt sich auf einfachste Art in weitverbreiteten Vorurteilen aus. "Große Gewinne auf zweifelhafte Weise machen, das ist zur Zeit ein durchgängiger Slogan in der Gesellschaft... Diese Redensart deutet auf gewisse Vorurteile hin." (45) Die Voreingenommenheit vieler Kader und auch der städtischen Bevölkerung insgesamt bezieht sich vor allem auf bäuerliche Kleinunternehmer, die während der vergangenen Jahre das Land verlassen haben, um in den Städten

kommerziell tätig zu werden. "Eini-ge sind zu spezialisierten Haushalten geworden, die sich im Handel betätigen und einige Gewinne gemacht haben. Die große Mehrheit der spezialisierten Haushalte, die sich im Handel betätigen, hat sich an die Gesetze gehalten und harte Arbeit geleistet... Ist es da nicht eine einseitige Sicht, sie für die gemachten Gewinne zu tadeln, ohne daß man die Arbeit kennt, die sie geleistet haben?" (46) Interessant ist, daß vor allem "historische Gründe" für die vorherrschende "antikommerzielle Haltung" verantwortlich gemacht werden. "Alle Vorurteile haben geschichtliche Gründe. Es gab unter unseren Vorfahren Leute, die auf den Handel herabblickten. Nehmen wir das Beispiel des Konfuzius! Viele seiner Aussagen können heute noch anerkannt werden. Dennoch sah er auf Leute herab, die in Geschäften tätig waren... Von Generation zu Generation überliefert sind diese Ideen des Herabsehens auf den Handel immer noch bei vielen Leuten wirksam. Der Spruch 'Leute mit zweifelhaftem Charakter machen riesige Gewinne' ist in der Tat ein Überbleibsel der Geschichte." (47) Dreißig Jahre Volksrepublikanischer "Gleichheitsideologie" haben mit Sicherheit nicht dazu beigetragen, die Reserviertheit gegenüber privatem Erfolgsstreben abzubauen.

Ein weiterer problematischer Aspekt ergibt sich möglicherweise daraus, daß der materielle Erwartungshorizont der Bevölkerung (Konsum, Freizeiterwartung) offensichtlich schneller wächst als die Realisierungsmöglichkeiten. Der Erfolg der Reformpolitik hängt jedoch wesentlich von der Befriedigung dieses Erwartungshorizontes ab, da die immaterielle Anreizpolitik (Ideologie) aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit weitgehend wirkungslos geworden ist. Eine mögliche Ausnahme bilden vielleicht Appelle an den "Patriotismus", d.h. der Aufruf zur Mitarbeit an einer nationalen Zukunft, in der China seine ihm gemäße Position in der Welt einnimmt. In einem japanischen Kommentar heißt es zur Anteilproblematik:

"Without satisfying these materialistic expectations of the people, the political base of modern China will crumble. It is no longer possible to politically mobilize the population and merely inject a measure of spiritual stimulant so as to integrate society. Chinese society has grown more mature. One of the major issues facing modern China, then, is whether enough material goods can be supplied to ensure satisfaction of the existing level of desires - a level which has been increasing steadily on the part of each and every person in society." (48)

Weiter wird an anderer Stelle darauf verwiesen, daß man nicht vergessen darf, daß "the children born after the 1949 establishment of the People's Republic now account for more than 64 percent of the total population. Even those born in 1949 are now 35 years of age. Youth in their 20s no longer think in terms of a comparison with the hardships of pre-Revolution days or the 'Great Leap Forward' period. And, more importantly, it is impossible to pressure them to approve the current state of things through such a comparison." (49)

Andere potentiell nachteilige Wirkungen ergeben sich u.a. aus den Vergleichsmöglichkeiten mit dem Ausland - eine zwangsläufige Nebenerscheinung der "Öffnungspolitik". Sie haben die kritische Einstellung einer kleinen Randgruppe politisch nachdenklicher verschärft. So lassen sich die vereinzelten Forderungen nach Verwirklichung der Demokratie und Menschenrechte verstehen. Es spricht jedoch kaum etwas dafür, daß es zu einer solchen Entwicklung kommt. Demokratische Gesellschaftsideale sind in China nicht heimisch. Wahrscheinlich ist, daß das Land zu einer ideologisch-bürokratischen Herrschaftsform finden wird, die das Maß an Kontrolle über Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur auf ihr eigenes Überlebensminimum beschränkt. Die Tradition des chinesischen Reiches gewährt dafür einen reichen Erfolgshintergrund. Wie bereits erwähnt, anders als bürokratisch konnte und kann sich die große Mehrheit aller Chinesen eine Zivilisation nicht vorstellen.

Eine zweite Minderheit - die der unbelehrbar "Gläubigen" - sehnt sich nach den vermeintlich "sauberen" Zuständen der Kulturrevolution zurück, als es, wie sie meinen, keine Korruption, "zweifelhafte Gewinnsucht" und Auslandsverfremdung gab. Die Zeiten "neomaoistischer Versuchung" für die chinesische Gesellschaft liegen jedoch allenfalls in einer weiteren Zukunft, dann wenn eine neue Jugend heran-gewachsen ist, die ihrerseits die Kulturrevolution nicht mehr miterlebt hat. Die große Mehrheit der chinesischen Bevölkerung, Bauern wie Städter, scheint wenig Interesse am offiziell verordneten "Aufbau der geistigen Zivilisation" aufzubringen. Gleiches gilt für die Alternativenideale der Minderheiten. Statt dessen konzentriert man sich auf das persönliche Fort- und Einkommen, müht sich um das tägliche Wohlbefinden der Familie und "schweigt" zur Politik, solange letztere die materiellen Erwartungen erfüllt. Die Bürokratie soll gut sein und ihre Aufgaben erfüllen, nicht abgeschafft werden. Dafür

sprechen bis heute alle chinesischen Vorstellungen vom Paradies. Der Himmel ist immer nach göttlich-bürokratischen Rängen geordnet, und immer gibt es viel zu essen.

VI. Fazit

Als Fazit der vorangehenden Darstellung sollen noch einmal folgende Überlegungen angeführt werden. Ob die ländliche Reform dauerhaft erfolgreich ist, dürfte unaufhebbar davon abhängen, ob die grundlegenden Reformziele in der modernen Volkswirtschaft Chinas verwirklicht werden können. Langfristig wird der "Rückzug des Staates" aus der Landwirtschaft nicht aufrechterhalten sein. Der Staat, mit anderen Worten die Industriewirtschaft, muß die gewaltigen Mittel zur Lösung der bestehenden Grundprobleme der Landwirtschaft und zur Strukturangepassung zwischen Agrar- und Industriewirtschaft bereitstellen. Werden diese Vorbedingungen nicht erfüllt, so wird der "ländliche Boom" über kurz oder lang in sich zusammenfallen.

Die große Chance des Reformkurses liegt (neben dem praktischen Erfolg) vor allem darin, daß keine glaubwürdige Entwicklungsalternative mehr existiert. Alle anderen "Optionen" haben sich aufgrund ihrer fatalen Ergebnisse in den letzten 30 Jahren diskreditiert. China hat offensichtlich gelernt, daß ein Volk seinen Sachverstand nicht erniedrigen kann, ohne den Preis dafür zahlen zu müssen.

Fußnoten

- 1) Fei Hsiao-t'ung, "A Discussion of Chinese Modernisation", in: The Australian Journal of Chinese Affairs, Nr.7, 1982, S.119-124.
- 2) Sen-dou Chang, "The Role of Intermediate Cities in China's Development", in: Chi-keung Leung, Joseph C.M. Chai, ed., Development and Distribution in China, University of Hong Kong, 1985, S.218-219.
- 3) Eine Ausnahme bildet möglicherweise die Autonome Region Tibet. Die statistischen Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung Tibets erscheinen dem Verfasser nicht von der gleichen "Glaubwürdigkeit" wie die anderer Provinzeinheiten. Tibet ist daher bei den regionalen Datenvergleichen nicht berücksichtigt worden. Leser, die die subjektiven Auswahlkriterien des Verfassers für inakzeptabel halten, seien auf die einschlägigen statistischen Veröffentlichungen der VR China (z.B. Statistical Yearbook of China 1985) hingewiesen.
- 4) Siehe: Rüdiger Machetzki, "Natürlicher Wirtschaftsraum und

Regionalwirtschaften der VR China, in: C.a, Nov. 1982, S.653.

- 5) Siehe: "Yange kongzhi dui gengdi de zhanyong" (Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Anbaufläche streng Kontrolle ausüben), in: Hongqi (Rote Fahne), Nr.12, 1981. Siehe auch: Erhard Louven, "Der 7.Fünffjahresplan der VR China: Gleichgewichtiges Wachstum und Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz", in: C.a., April 1986, S.218-219 (3.4.2. Landwirtschaft).
- 6) Errechnet aus: Zhongguo kexueyuan dili yanjiusuo jingji dili yanjiushi (Chinesische Akademie der Wissenschaften, Geographisches Forschungsinstitut, Abteilung für Wirtschaftsgeographie), Hrsg., "Zhongguo nongye dili zonglun" (Abriß der Agrargeographie Chinas), 1980, Kapitel I "Yi liyong he ke liyong de tudi" (Genutzter und nutzbarer Boden).
- 7) Siehe: Rüdiger Machetzki, Entwicklungsmacht China, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr.116, 1980, S.173.
- 8) Siehe Fußnote 5.
- 9) "Zhongshi baohu he jingying guanli hao xianyou senlin" (Auf die Bewahrung und gute Verwaltung des vorhandenen Waldes Wert legen), in: RMRB, 25.Febr.1981.
- 10) "Die Landwirtschaft schneller entwickeln", in: BR, Nr.11, 1979.
- 11) "Die Landwirtschaft modernisieren", in: BR, Nr.23, 1978.
- 12) Siehe Fußnote 9.
- 13) Siehe Fußnote 9.
- 14) "Zhengjii xinan lüsi changcheng, baohu Changjiang yumi zhi xiang" (Die grüne Mauer des Südwestens retten, die Fisch-Reis-Orte des Changjiang bewahren), in: RMRB, 13.Sept.1981.
- 15) "Resolution zum Bericht über die Tätigkeit der Regierung (Angenommen am 5.März 1978)", in: BR, Nr.10, 1978.
- 16) "Dangqian nongcun renmin gongshe jiti jingji fazhan zhong de jige wenti" (Einige Probleme in der gegenwärtigen Entwicklung der ländlichen volkswirtschaftlichen Kollektivwirtschaft), in: Jingji kexue (Wirtschaftswissenschaft), Nr.1, 1981.
- 17) Siehe Fußnote 3.
- 18) Xinhua, 19.Juni 1986, in: BBC, SWB, 24.Juni 1986.
- 19) Errechnet aus: Statistical Yearbook of China 1985 und Kommuniqué über die Ausführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung

1985 (Staatliches Statistikamt der Volksrepublik China, 28. Febr. 1986), in: C.a., März 1986.

20) "China's Major Crop Production by Province", in: The China Business Review, März-April 1986, S.26-27.

21) Statistical Yearbook of China 1985.

22) Siehe Fußnote 19.

23) Errechnet aus: Quellen Fußnote 18.

24) Zhongguo jingji niajian (Wirtschaftsjahrbuch China) 1981 und Kommunique über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1981.

25) Kommunique 1985, in: C.a., März 1986.

26) Siehe dazu: Jürgen Domes, "New Policies in the Communes: Notes on Rural Societal Structures in China, 1976-81", in: The Journal of Asian Studies, Vol.XLI, Nr.2, Febr. 1982, S.253-267.

27) Zu Einzelheiten der Entwicklung der verschiedenen Varianten des "Verantwortungssystems" siehe: Eberhard Schinke, "Der Agrarsektor in der Volksrepublik China: Wandlungen und Möglichkeiten", in: Alfred Schüller, Hrsg., China im Konflikt zwischen verschiedenen Ordnungskonzeptionen, Berlin, 1985, S.141-157; Joseph C.H. Chai, "Property Rights and Income Distribution Under China's Agricultural Household Responsibility System", in: Development and Distribution in China, Hong Kong, 1984, S.75-100; Jürgen Domes, New Policies in the Communes.

28) Siehe Fußnoten 25 und 26.

29) Siehe: Reitsu Kojima, "Characteristics of China's Present Agricultural Policy", in: JETRO China Newsletter, Nr.58, Sept.-Okt. 1985, S.2-6.

30) Kazuo Yamanouchi, "The Chinese Price System and the Thrust of Reform", in: JETRO China Newsletter, Nr.60, Jan.-Febr. 1986, S.2-11 und 15.

31) Ebda.

32) Errechnet nach Angaben aus: Kazuo Yamanouchi, The Chinese Price System.

33) Siehe dazu: Lew Erisman, "The Grain Challenge", in: The China Business Review, März-April 1986, S.20-24.

34) Errechnet aus: Statistical Yearbook of China 1985.

35) Joseph C.H. Chai, Property Rights and Income Distribution, S.92-97.

36) Siehe Fußnote 28.

37) Siehe dazu: Thomas P. Bernstein, "Reforming Chinese Agriculture", in: The China Business Review, März-April 1985, S.45-49.

38) BBC, SWB, 17.Juni 1986.

39) Siehe: Mou Fa, "Dalu de xiangzhen qiye" (Land- und Stadtgemeindefetriebe auf dem Festland), in: Zhonggong yanjiu (Studies on Chinese Communism), Nr.236, Aug.1986, S.52-60.

40) Ebda.

41) "Fazhan xiangzhen qiye yao liang li er xing" (Bei der Entwicklung der Land- und Stadtgemeindefetriebe muß man im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten vorgehen), in: RMRB, 3.Juni 1985.

42) Siehe Fußnote 1.

43) David Zweig, "Narrowing the Urban-Rural Gap", in: The China Business Review, März-April 1986, S.18-19.

44) Masaharu Hishida, "Chinese Society in Transition", in: JETRO China Newsletter, Nr.58, Sept.-Okt. 1985, S.16-20.

45) Nongmin ribao, 27.Mai 1986, in: BBC, SWB, 14.Juni 1986.

46) Ebda.

47) Ebda.

48) Masaharu Hishida, "Chinese Society in Transition", in: JETRO China Newsletter No.58, Sept.-Okt. 1985, S.16.

49) Ebda.

*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Gesetzgebung und Rechtspraxis im nachmaoistischen China

Teil I: Auf der Suche nach einer juristischen Infrastruktur - Der Kampf gegen Rechtsunkenntnis und gegen institutionelle Schwächen -

*
*

Gliederung:

- Einleitung
- 1. Allgemeine Rechtsunkenntnis - und wie ihr abzuhelpfen ist
 - 1.1. Zwischen Gesetzesflut und Gesetzesverwirrung
 - 1.2. Zwei Methoden der Verbreitung von Rechtskenntnissen
 - 1.2.1. "Popularisierung": Rechtskenntnisse für die breite Bevölkerung ("Massenwissenschaft")
 - 1.2.1.1. Rechtskenntnis = Verbesserung der "sozialistischen geistigen Zivilisation"
 - 1.2.1.2. Gegen juristische Geheimniskrämerie
 - 1.2.1.3. Popularisierung des Rechts ist auch ein Stück Law and Order-Kampagne
 - 1.2.2. Forschung und Lehre: Rechtskenntnisse für Fachleute ("Professionalisierung")
 - 1.2.2.1. Die drei Säulen der chinesischen Rechtswissenschaft und -lehre
 - 1.2.2.1.1. "Akademien": Forschung
 - 1.2.2.1.2. Hochschulen
 - 1.2.2.1.2.1. Die 5 zentralen "Hochschulen für Politik und Recht"
 - 1.2.2.1.2.2. 28 Rechtsfakultäten
 - 1.2.2.1.2.3. Das Studienfach Rechtswissenschaft
 - 1.2.2.2. Das zweite Bein der Juristenausbildung: Freizeithochschulen und berufliche Fortbildung
 - 2. Das Institutionenloch - und wie es ausgefüllt wird
 - 2.1. Gesetzgebungsorgane
 - 2.2. Rechtspflegeorgane
 - 2.2.1.